

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenblatt und Montag als Abendblatt mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Berater“.

Die großformatige Komposition oder deren Raum kostet 25.— Mk., einschließlich Anzeigen. Kleine Anzeigen: Das letzte Heft kostet 4.— Mk., jedes weitere Heft 3.— Mk., einschließlich Anzeigen.

Berlag und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzener 27, I.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Geldknappheit und Städte

Von Bruno Ash.

Die Entwicklung der letzten Monate hat dahin geführt, daß die Flüssigkeit des Geldmarktes, die wir in Deutschland seit Jahren kennen und die ihren Ausdruck in verhältnismäßig niedrigen Zinssätzen und einem sehr reichlichen Angebot von Reihgeld gefunden hat, verschwunden ist. Die Knappheit an Geld, die nach dem großen Marktsturz im Herbst des vergangenen Jahres in Erscheinung zu treten begann und sich im laufenden Jahre ununterbrochen verschärft, mußte unter der Einwirkung der letzten Markkatastrophe einen gefährlichen Umfang annehmen. Die zur Durchführung von neuen Projekten, zur Reparatur bestehender Anlagen, Beschaffung von Rohmaterialien und Waren jeder Art erforderlichen Beträge wuchsen, in Mark ausgedrückt, so erheblich an, daß die verfügbaren Kapitalien nicht annähernd ausreichen konnten. Die Zurückhaltung des Auslandes, Geld nach Deutschland zu leihen, die durch den Entwertungsprozeß der Reichsmark entschieden gefördert worden ist, trifft zusammen mit einer verhältnismäßig umfangreichen Steuererhöhung, die beträchtliche Mittel in Anspruch nimmt und einer relativ viel geringeren Geldneuschöpfung durch den Inflationskredit des Reiches bei der Reichsbank, dieser Quelle des bisherigen Scheinreichtums, der jahrelang das wahre Gesicht der deutschen Finanzverhältnisse verhüllt hat. Der Sturz der Reichsmark aber hat auf den Geldmarkt vor allem deshalb so verheerend gewirkt, weil er die Katastrophe des mobilen Kapitals vollendet hat. Alle Effekten, insbesondere die Anleihepapiere der Städte, Länder und des Reiches, die Obligationen der Industrie und selbst die noch am günstigsten stehenden Aktien repräsentieren heute einen so lächerlich geringen Geldwert, daß ihren Besitzern weder durch Verkauf noch durch Lombardierung irgendwelche im Verhältnis zur Geldentwertung beträchtliche Summen zugeführt werden können. Der Inhaber von zehntausend Mark Kommunalanleihen oder anderen Papieren konnte vor dem Kriege auf diese Werte Reihgeld bei den Sparkassen oder Banken in einer Höhe erhalten, daß er sich davon zur Not mehrere Jahre ernähren konnte; sein jetziger Erlös reicht im besten Falle bei großen Einschränkungen für ebenso viele Wochen. Ebenso geht es den Ausleihern von Hypotheken, Bürgschaftsdarlehen oder bei irgend einer Form der Herausgabe von mobilem Kapital als Anleihe; alle diese Kapitalbesitzer bis herunter zum kleinsten Sparler besitzen heute nur in Papierwährung ungefähr die gleiche Summe, die sie einst in Goldmark hergegeben haben. Ihre Bedeutung ist am Kapitalmarkt der Vergangenheit, besonders als Käufer von Rentenpapieren, außerordentlich groß gewesen, sie sind heute fast bedeutungslos geworden, die Summen, die sie verfügbar machen können, sind lächerlich gering. Die Spar Guthaben, deren Rolle für den Geldmarkt früher wesentlich gewesen ist, sind nominal um so wenig angewachsen, daß in Wirklichkeit auch hier die Vernichtung des mobilen Kapitals mehr als deutlich in Erscheinung tritt. Eine öffentliche Sparkasse, die vor dem Kriege hundert Millionen Mark Spareinlagen hatte und zur Zeit über dreihundert Millionen Mark verfügt, hat zwar den Nennbetrag angewachsen sehen, der innere Wert aber ist — um es einmal deutlich genug an der internationalen Kaufkraft auszurücken — bei einem Dollarstand von 1250 Dollar von vierhundertvierzig Millionen Dollar auf etwa zweihundertvierzigtausend Dollar gesunken. Nominelle Verdreifachung, tatsächliche Verringerung auf den hundertsten Teil des früheren Wertes!

Diese Vernichtung des mobilen Kapitals wird begleitet von dem bei der Unsicherheit unserer Währungsverhältnisse und der Entwicklung der deutschen Wirtschaft natürlichen Zustand, daß die Umwertung des immobilien Vermögens auf Papierwährung entweder kaum oder nur sehr unzulänglich erfolgt ist. Es kann in diesem Zusammenhang nicht auf die sehr zahlreichen, dabei wirksamen Faktoren eingegangen werden. Es sei nur darauf verwiesen, daß neben der natürlichen Umwertungsträgheit, die sich bei Gebäuden, Grundbesitz immer zeit, Rentabilitätsfragen wie die Niedrighaltung der Mieten, Zwangsverwertung eines Teiles der Ernte, Mangel an Kapital auf der Käuferseite und die bei derartigen Dauerwerten besonders wichtige Frage der Währungsschwankungen hemmend wirksam sind. Es wird nun allerdings seit Jahr und Tag Grundbesitz zu nominell steigenden Preisen umgesetzt, aber das, worauf es uns im Zusammenhang mit der Geldknappheit ankommt, ist noch nicht eingetreten, eine hypothekarische Beleihung durch Hypothekenbanken und andere mit der Mobiliarisierung der Güterwerte beschäftigten Institute in einem nur im Entferntesten der Geldentwertung an-

#### Kein abschließendes Ergebnis

##### Verhandlungen mit Belgien vorläufig beendet

Berlin, 9. September. Die Besprechungen mit den Vertretern der belgischen Regierung in der Frage der Schatzwechsel wurden heute zu Ende geführt; ein abschließendes Ergebnis wurde noch nicht erreicht. Während in wesentlichen Punkten eine Einigung erzielt werden konnte, hat die Frage der Verlängerung der Pausse der Schatzwechsel über sechs Monate hinaus Schwierigkeiten ergeben, da diese Verlängerung nach Auffassung der belgischen Regierung über den Rahmen der Entscheidung der Reparationskommission hinausgeht. Die belgischen Vertreter werden morgen mittag nach Brüssel zurückreisen, um ihrer Regierung Bericht zu erstatten. Sie betrachten ihr oben umschriebenes Mandat augenblicklich als beendet, was jedoch einer Wiederannahme der Verhandlungen nicht entgegensteht.

#### Gewerkschaften und Sachlieferungen

(Gosa) Paris, 9. September. Die Frage der Naturallieferungen scheint nunmehr nach der Perfektionierung des Abkommens Duberac - Stinnes auch nach anderer Richtung hin in ein neues Stadium zu treten. Die schon seit über Jahresfrist vorliegenden Angebote der deutschen Arbeiter-Gewerkschaften zur Teilnahme an der Arbeit für den Wiederaufbau des zerstörten Gebietes treten nunmehr in Verwirklichung. Wie wir bereits gestern meldeten, wird das Aktions-Komitee für die befreiten Gebiete am Montag zu einer Sitzung zusammentreten, um die Vorschläge der deutschen Gewerkschaften für die praktische Durchführung zu prüfen. Bezeichnend für den Umschwung der französischen öffentlichen Meinung in bezug auf die Teilnahme Deutschlands an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sind die Ausführungen darüber vom „Petit Parisien“, indem festgestellt wird, daß das Projekt der deutschen Gewerkschaften bei seinem ersten Bekanntwerden in einem großen Teil der französischen öffentlichen Meinung dem allerheftigsten Widerspruch begegnete, der seinerzeit nur in dem Gefühl des französischen Volkes gegen die Teilnahme von deutschen Arbeitern in den von Deutschland zerstörten Gebieten begründet war. Nunmehr gestattete es die öffentliche Meinung, daß man nicht nur über ein solches Abkommen spreche, sondern sich sogar darüber freuen könne, ohne deshalb als schlechter Franzose und Patriot angesehen zu werden. Petit Parisien macht ferner darauf aufmerksam, daß es besser wäre, wenn nicht nur die deutsche Schwerindustrie Gelegenheit hätte, derartige Abkommen, wie sie Stinnes getroffen habe, mit französischen Abnehmern abzuschließen. Sie ist davon überzeugt, daß Stinnes persönlich auch einen großen moralischen Nutzen aus diesem Abkommen gewinne. Die deutschen Gewerkschaften seien aber die treueste Stütze der Republik in Deutschland. Es sei nötig, daß man nicht nur den Imperialisten und Alideutschen den Ruhm an der Wiederherstellung der Beziehungen Frankreichs und den sich dadurch bessernden wirtschaftlichen Verhältnissen lasse, der ja insbesondere der arbeitenden Klasse zugute kommen müsse. — Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß die Annahme der Vorschläge der deutschen Gewerkschaften erst von der französischen Regierung auszugehen müssen.

#### Griechenland bittet um Waffenstillstand

Angora 9. Sept. (Gosa.) Durch Vermittlung der alliierten Kommissare in Konstantinopel ist ein Waffenstillstandsvertrag eingegangen. Parlamentarische Kreise sind der Ansicht, daß ein Antrag unmittelbar vom griechischen Gene-

ralismus an den türkischen Kommandanten das einzige Mittel sei, einen Waffenstillstand abzuschließen. Die Türken werden von den Griechen verlangt: vollständige Räumung Kleinasiens und Thrakiens, Entfernung der griechischen Truppe aus den türkischen Gewässern, Anerkennung der angegriffenen Schäden und der Reparationsverpflichtungen.

#### Kein Friedensbedingungen

Paris, 9. September. Der Pariser Vertreter der Regierung von Angora, Ahmed Ferid Bey, hat dem Intransigant gegenüber erklärt, die Forderungen seiner Regierung für den Frieden seien dieselben wie vor 3 Jahren: Konstantinopel, Adrianopel und Thrakien sowie Entschädigung für den durch die Griechen angerichteten Schaden. Die Kemalisten würden unter allen Umständen die Dardanellen in Besitz nehmen, welche Truppen auch immer sich dort befinden mögen.

#### Folgen der griechischen Niederlage

##### Zuspitzung der Gegensätze in der Entente.

Die Niederlage der Griechen zieht, wie vorausgesehen war, weitere Kreise. Die Griechen sehnen sich nach Waffenstillstand. Die Türken lehnen ab. Die Alliierten vermitteln. Zugleich mehren sich aber auch die laodernden Faktoren in der Entente. „Daily Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel, soweit Kleinasien in Betracht komme, sei der griechische Anspruch, dort einen Stützpunkt zu haben, verloren. Die Frage der Meerengen berühre Großbritannien vital. Die Frage der künftigen Kontrolle der Meerengen könne einen entscheidenden Prüfstein für die Möglichkeit der Fortsetzung einer wirksamen Entente mit Frankreich bilden.

Zusammen tut sich die Frage auf, wie die Entente sich verhalten soll, wenn die Türken auf Konstantinopel marschieren, das von Ententetruppen gesichert ist. Der Vormarsch der Griechen wurde seinerzeit gehindert. Die Londoner Morningpost meldet, die beherrschende Tatsache in der gegenwärtigen Lage im nahen Osten sei der Beschluß des britischen Kabinetts, unter keinen Umständen Konstantinopel freizugeben und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Waffenstillstand zwischen den Griechen und der Türkei auf Kleinasien zu beschränken. Man sei in London sehr gespannt auf die Haltung, die Frankreich einnehmen wird.

So wird die Katastrophe der griechischen Armee zugleich zu einem Faktor der Zuspitzung der Gegensätze in der Entente, namentlich zwischen Frankreich und England, deren Orientpolitik seit langem entgegengesetzte Wege geht.

London, 9. September. Die Reuter erfährt, hat die britische Regierung erneut vorgeschlagen, die Frage des Schutzes der Minderheiten an den Balkan und zu verweisen. Es wird darauf hingewiesen, daß die aus dem griechisch-türkischen Konflikt entstandene militärische Lage in keiner Weise die Ansicht der britischen Regierung bezüglich der allgemeinen Lage des Friedens zwischen den Alliierten und der Türkei berühren werde und bemerkt, daß alles, was auch nur im geringsten Maße die Freiheit der Meerengen anrühre, nicht zugelassen werden werde. Die Freiheit der Meerengen sei einer der Punkte, um deren Willen der Frieden mit der Türkei ausgefochten worden sei. Eine Preisgabe des Gewonnenen komme nicht in Frage.

#### Oesterreich vor dem Völkerbund

Genf, 9. September. In der heutigen Sitzung der Völkerbundversammlung wurde die österreichische Frage sehr ausgiebig behandelt, wobei die Vertreter verschiedener Staaten die Notwendigkeit betonten, Oesterreich zu helfen.

gepaßten Umfange ist noch nirgends erfolgt, es wird vielmehr im allgemeinen an der Beleihungsarene in Goldmark festgehalten und das bedeutet, daß auch für großen und wertvollen Grundbesitz heute nur so lächerlich geringe Reihsummen zu erhalten sind, daß gegenwärtig auch diese wichtige Unterlage der Geldbeschaffung fast nicht mehr wirksam ist.

Unter den großen Schwierigkeiten ausreichender Geldbeschaffung leiden Handel und Industrie, Handwerk und Gewerbe, selbst in den Kreisen der Landwirte zeigt sich zum ersten Mal wieder erheblicher und nicht immer zu befriedigender Bedarf an Betriebsmitteln, insbesondere zur Zeit vor der Bewertung der neuen Ernte, deren Mobilisierung gerade diesmal auch an den Geldmarkt außerordentliche Anforderungen stellen dürfte. Die Klage über den Mangel an ausreichender Kreditmöglichkeit ist allgemein, selbst die Diskontierung von Handelswechseln und die Inanspruchnahme der Darlehnskassen vermag der bestehenden Not nicht ausreichend entgegenzuwirken. Und es ist anzunehmen, daß sich diese Zustände in der nächsten Zeit noch erheblich verschlim-

mern werden. Die offiziellen Zinssätze, wie sie sich am Reichsbankdiskontofuß und Lombardzinsfuß mit 7 bzw. 8 vom Hundert zur Zeit darstellen, werden in Wirklichkeit nur von einem kleinen Teil der Geldnehmer bezahlt; wer bei Sparkassen oder öffentlichen Banken gut gesicherten Bürgschaftskredit beanfragt, muß zumeist zwei bis drei vom Hundert an Provision und Gebühren mehr bezahlen. Die Zinssätze der Privatbanken für Industriefredit dürften sich zwischen 14 und 16 vom Hundert einschließlich Provision bewegen.

Es ist erklärlich, daß unter diesen Verhältnissen aber nicht nur das Wirtschaftsleben des Landes leidet, sondern daß von ihnen gegenwärtig gerade die Gemeinden und Gemeindeverbände besonders stark betroffen werden. Die Inanspruchnahme des Geldmarktes durch die Gemeinden ist nicht nur für laufende Bedürfnisse infolge der mangelnden Zuweisung ausreichender Steueranteile sehr groß, sondern vor allem für die Ausführung im Bau befindlicher oder projektielter Anlagen, in erster Linie des von den Gemeinden in weitgehendem Umfange als wichtige so-



ziale Gegenwartsaufgabe geblieben Kleinwohnungsbaues. Es ist offenes Geheimnis, daß viele Millionen Mark kurzfristig aufgenommen sind, weil langjährige Tilgungsanleihen kaum zu beschaffen waren und daß diese kurzfristige Verschuldung eine Quelle ständiger Gefahren für die Finanzwirtschaft der Städte bildet. Die rasche Geldentwertung der letzten Zeit aber hat den Bedarf an Mitteln für Ausführung der Bauten so emporschnellen lassen, daß die Frage ausreichender Geldbeschaffung immer mehr zu einem zentralen Problem der Gemeindepolitik wird und daß damit zu rechnen ist, daß wir nicht nur vor einer Einstellung der Neubautätigkeit stehen, sondern auch zum Teil außer Stande sein werden, die angefangenen Häuser fertigzustellen.

Neben dieser Sorge für die Beschaffung der Mittel für die Erfüllung besonderer Aufgaben aber tritt infolge der raschen Steigerung des laufenden Bedarfs für Gehälter, Löhne, Kohlen, Materialien usw., der sich in der Verwaltung zeigt, immer mehr die Frage in den Vordergrund, wie lange noch in der bisherigen Weise an dem Schicksal der Gemeinden achtlos vorübergegangen werden soll. Die platonischen Befundungen der Reichsregierung können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Vorschläge auf den Mehraufwand an Besoldungsausgaben weder ausreichend noch rechtzeitig an die Gemeinden gezahlt werden und daß dadurch je nach der Größe der Stadt Millionenbeträge auf dem Anleihewege beschafft werden müssen, die nicht nur kaum zu erhalten sind, sondern auch so hohe Zinsbeträge erfordern, daß die Erfüllung sozialer Aufgaben in den Gemeinden, die angesichts der drückenden Not breiterer Schichten der Bevölkerung mehr denn im Vordergrund der kommunalen Arbeit stehen müssen, darunter erheblich leidet und das Gefühl der Empörung sich immer mehr verbreitet. Trotz wohnungsbauwirtschaftlicher Ausgabensteigerung, die zur Zeit Normen annehmen, die jeden Kommunalpolitiker mit Grauen erfüllen, wird an die Abänderung des Landessteuergesetzes noch immer nicht herangegangen, weil keine Gemeinde, welcher Anteil aus der Einkommensteuer ihr endgültig für die vergangenen Jahre, geschweige denn für 1922 zufallen wird. Die hohen Zinssätze und die Schwierigkeit der Geldbeschaffung treiben für die Gemeinden zu einer Krise, wenn sich bei dem Reichstare nicht endlich die Erkenntnis durchsetzt, daß es nicht auf ein Drängen bei der Regierung mehr ankommen kann, sondern daß angesichts der bisherigen Verschleppung der Regelung dieser Fragen die Initiative endlich vom Reichstag selbst ergriffen werden muß. Die Selbstverwaltung der Gemeinden wird zu einer Karce, wenn ihnen die Mittel zum Leben genommen werden und die allgemeine Herrüttung, die einer Aufhebung der bisher widerstandsfähigsten Verwaltungskörper folgen mußte, sollte alle die Kreise nachdenklich machen, die wissen, daß lebendige Demokratie am stärksten aus den Gemeinden emporsproßt wird und die freie Gemeinde die Grundfeste des freien Staates ist. Gerade die Vertreter des Proletariats, für dessen tägliches Leben die Art der Gemeindeverwaltung von wesentlicher Bedeutung ist, dessen verelendete Schichten unter einer weiteren Beschränkung der für Wohlfahrtszwecke erforderlichen Mittel unermessbar leiden, sollten alles aufbieten, daß wenigstens die Maßnahmen ergriffen werden, die bei dem gegenwärtigen Zustand des Reiches und im Rahmen der kapitalistischen Ordnung sofort möglich sind.

## Die Beschränkung der Versorgung mit Markenbrot

Durch eine Verordnung über die öffentliche Brotversorgung vom 8. September 1922 hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Ausfuhrbeschränkungen zu § 31 des Getreidegesetzes über die Beschränkung der Versorgung mit Markenbrot erlassen. Danach werden alle Personen von einer gewissen Einkommensgrenze ab von der Versorgung ausgeschlossen. Da für dieses Jahr die Einkommensgrenzenveranlassung noch nicht erfolgt ist, mußte das steuerpflichtige Einkommen für das Kalenderjahr 1921 zugrunde gelegt werden. Die Einkommensgrenze beträgt für das vorangehende Jahr für einzelne Personen 30 000 M., für Familien 15 000 M. für jeden in dem gemeinsamen Haushalt verbleibenden Haushaltsangehörigen. Für denjenigen, dessen Einkommen sich gegen diese Höchstätze für 1921 in diesem Wirtschaftsjahre um nicht mehr als das Vierfache vergrößert hat, also der Geldentwertung nicht genügend gefolgt ist, bleibt der Nachweis darüber offen, und damit die Möglichkeit, Markenbrot zu beziehen, auch wenn er nach seinem Einkommen vom Vorjahre davon ausgeschlossen sein würde. Die Durchführung der Verordnung liegt in der Hand der Kommunalverbände. Der Ausschluß der Personen, die auf Markenbrot keinen Anspruch haben, soll bis zum 16. Oktober 1922 erfolgen.

Es ist aus dieser amtlichen Meldung nicht klar ersichtlich, ob der Einkommensberechnung für den Markenbrotbesitz eine zurückliegende Zeit oder das gegenwärtige Wochen- oder Monatsinkommen zugrunde gelegt werden soll. Wir nehmen an das letzte.

Daraus ergäbe sich, daß eine Familie, Mann und Frau und ein Kind, mit einem Monatsinkommen von über 30 000 Mark bis zum 16. Oktober nächsten Jahres auf den Bezug von Markenbrot keinen Anspruch hat. Bei Vorhandensein von zwei Kindern oder sonstigen im gemeinsamen Haushalt Verbleibenden darf die Einkommensgrenze 25 000 M. im Monat erreichen, ohne daß der Markenbrotbesitz dadurch berührt wird, wohnhafte Familien ohne Kinder schon bei einem Monatsinkommen von mehr als 15 000 M. das Brandrecht auf Markenbrot verlieren.

Wollte man auch die Beschränkung der Versorgung mit Markenbrot daffieren lassen, so ist hier die Grenze doch zu eng gezogen. Zunächst sind so ziemlich alle Einzelverdienenden, da für diese die Einkommensgrenze für Markenbrotbesitz auf 10 000 M. festzulegen wäre, ausgeschlossen. Von 10 000 M. kann aber auch heute eine Einzelperson, die für einen großen Teil ihrer Ernährung auf die Restauration mit ihren unerwidlichen Preisen angewiesen ist, nicht einen Monat ihren Lebensunterhalt bestreiten. Zudem ist auch zu berücksichtigen, daß die Aufwärtsbewegung des Dollars, die auch die Inlandpreise handig mitröhrt, ausserordentlich wohl zum Stillstand gekommen ist, die Kletterei der Preise aber unermesslich fortrah.

Die Verordnung ist offenbar der Absicht entsprungen, den Umlageeinkommen Entlastungen zu setzen. Man will ihnen die allgemeinen Umlageeinkommen herabmindern und durch damit weiten Bevölkerungsfreien, die wahrlich nicht auf Rollen gebettet sind, neue nicht unbedeutliche Lasten auf-

## Mögen sie nur kommen!

### Wälzige Bauern proklamieren Gewalt gegen die Getreidemlage

Welchen Grad der Verheerung die Agitation der Agrarier gegen die Durchführung der Getreidemlage bereits erreicht hat, eine Agitation, die es nicht mehr bei Sabotage-Ankündigungen bewenden läßt, sondern mit offener Auflehnung droht, zeigt eine Auslassung des „Freien Bauern“, Organ der freien Bauernschaft, christliche Gewerkschaft zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen der Landwirtschaft. In seiner Nummer 198 schreibt dieses in Waldsittbach (Pfalz) erscheinende Organ in einem Artikel über „Getreidemlage, Hungernot, Hilfswerk und Zwangswirtschaft“:

„Vier Jahre lang hat das Land im Kriege sich selbst versorgt und die zutage getretenen Mängel lagen in den Mischmitteln der Zwangswirtschaft und im Mangel an Futtermitteln, der auf den mangelnden Vorrat zurückzuführen war. Mit Greifen, Krüppeln und Frauen konnte man während des Krieges so umgehen, wie umgegangen worden ist. Jetzt aber sind die Männer zu Hause und das bedeuete die Katastrophe, wenn es sie geküßten würde, die Zwangsbewirtschaftung wieder einzuführen. Es sind der Wunden zu viele begangen worden und deshalb darf heute schon angedenkt werden: Stüßet euch, zuelet von Zwangswirtschaft zu plaudern! Sondern sei dieser Mahnung an die sogenannten Volksvertreter ernstlich, von denen ja — wir haben es bei der Genehmigung der Getreidemlage — so viele das Volk, das Bauernvolk schmählich verraten haben, sondern jene Volksvertreter, die durch Abwesenheit und Abkommandierung in der Stunde der Gefahr gelähmt haben. Hütet euch über solche Volksvertretung! Sie hat die eingangs erwähnte, kommende Hungernot auf dem Gewissen. Es kann nicht geredet werden von Abhilfe der Getreidemlage, ebensowenig von einem Hilfswerk der Landwirtschaft und noch weniger von Zwangswirtschaft.“

Im Gegenteil, dem Bauern muß geholfen werden; er braucht ein Hilfswerk. Ehedem nannte man den Bauern den Sättler der Hungernden; heute aber, wo so ner Feindiger zu viel gemordet hat, da ist er selbst ein Hungernder (?) geworden, und er wehrt sich seiner Haut mit der Kraft und Hilfe seiner Organisation.

Das ist also nicht nur die unverhüllte Drohung, daß die staatlichen Organe, die das Umlagegetreide einzuziehen sich anschließen würden, mit Dreschlegeln und Seilen empfangen und davongejagt werden würden, sondern es liegt auch in den Auslassungen geradezu eine Verhöhnung der nicht in der Landwirtschaft tätigen Massen. Auf einmal sind nicht mehr die Kreise, die das ganze Jahr hungern und darben und die auf das aus Umlagegetreide hergestellte Brot angewiesen sind, notleidend, sondern die Bauern, obwohl fest steht, daß die Lebenshaltung der Bauern heute eine vielfach bessere ist als je, daß die Bauern, im Gegensatz zu der Zeit vor dem Krieg, entschuldet sind und wirtschaftlich in einer glänzenden Lage sich befinden. Aber die Drohung des „Freien Bauern“ beweist auch, daß jede Nachgiebigkeit gegenüber agrarischen Wünschen vom Uebel ist und den Uebermut der Landwirte nur steigert.

## Wahnsinnige Preissteigerungen

### Die Großhandelsindexziffern im Monat August

Der Markt im Monat August hat eine Preissteigerung auf allen Gebieten der Warenwirtschaft angeleitet, wie sie in der seit Jahresfrist andauernden Periode der fortschreitenden Geldentwertung noch nicht beachtet wurde. Nach der Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts erreichte das deutsche Preisniveau im August das 179,5fache des Friedensstandes. Diese Ziffer bezieht sich auf den Monatsdurchschnitt, der durch den Stand vom Ende des Monats, wie in „Wirtschaft und Statistik“ dargestellt, erheblich übertraffen wird. Gegenüber Juli (100,0fach) stiegen die Großhandelspreise um 78,5 v. H. Der Dollar wurde im Juli mit 402,22 M., im August mit 1134,56 M. notiert und somit um 180 v. H. höherbewertet.

Dieser Bewegung kommen die Einfuhrwaren am nächsten, deren Preise von dem 138,5fachen auf das 324,9fache oder um 186,5 v. H. emporschnellen, während die Inlandswaren um 62,2 v. H. von dem 66,5fachen auf das 150,8fache anwachsen. Im einzelnen stiegen: Getreide und Getreideerzeugnisse von dem 66,5fachen auf das 161,7fache; Feite, Zucker, Mehl und Fische von dem 66,5fachen auf das 159,2fache; Kolonialwaren von dem 130,8fachen auf das 339,4fache; Lebensmittel zusammen von dem 64,5fachen auf das 179,5fache; ferner Häute und Leder von dem 126,7fachen auf das 395,4fache; Textilien von dem 170,5fachen auf das 352,4fache; Metalle von dem 108,5fachen auf das 256,7fache; Kohle und Eisen von dem 66,5fachen auf das 129,5fache; Industriestoffe zusammen von dem 112,5fachen auf das 192,5fache.

## Gegen kommunistische Feuerfresserei

Aus Essen trifft die Meldung ein, daß die vier Arbeiterverbände einen gemeinsamen Aufruf erlassen haben, in dem sie darauf hinweisen, daß das Ueberzahlabkommen in freier Vereinbarung aus triftigen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Gründen abzuschließen sei. Sie brandmarken die Dege, die von kommunistischer und unionistischer Seite betrieben wird, indem sie darauf hinweisen, daß die Selbsthilfeaktionen gegen die wirtschaftliche Not, die von diesen Elementen provoziert werden, nur für einen Augenblick die Lage sichtbar verbessern, aber schon für die nächste Zukunft und in Wirklichkeit die Scherkerfalten noch vermehren. „Es ist zwar eine sehr einfache Sache“, heißt es in dem Aufruf, „vorhandene Warenbestände zu beschlagnahmen und zu herabgesetzten Preisen in Umlauf zu bringen. Aber wenn das Problem der Wiederanschaffung nicht gelöst wird, dann ist das Ergebnis nur eine rasche und vollständige Entleerung der Warenvorräte und noch tieferer Hunger.“ Die Demagogie der Unionisten und Kommunisten könne, wenn sie Erlöse habe, nur zu einer Zertrümmerung der Gewerkschaften führen, die das einzige Bollwerk gegen den vollständigen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch der Arbeiterklasse darstellen. Jeder Arbeiter, der trotz der großen Not keine feine Sinne bekommen habe, müsse das Seine zur Abwehr der schädlichen Agitation tun. Die getroffenen Vereinbarungen, auch das Ueberzahlabkommen, müßten eingehalten werden.

Die neueste kommunistische Aktion erreckt sich nicht nur auf Rheinland und Westfalen, sondern soweit die Kommunisten nur Einfluß haben können. Sie haben auch der preussischen Regierung ihre Forderungen unterbreitet. Die sie aber, wie nicht anders zu erwarten war, abzulehnt hat. Jetzt wird wieder einmal „weiter geziehen“. Ein Räsonnieren soll zummentieren, um diesem sinnlosen Treiben einige Aktionen zu verschaffen. Es ist selber nicht aus-

geschlossen, daß eine Anzahl Arbeiter der neuen Verwirrungsdarstellung Vertrauen entgegenbringt. Die Kolaen aber würden sich der gesamten notleidenden Bevölkerung aufbürden. Mit solchen Mitteln wird man bei den heutigen, zum großen Teil durch außerpolitische Einwirkungen hervorgerufenen Not nicht Herr. Es ist daher Pflicht aller disziplinierten Arbeiter, den kommunistischen Feuerfressern entgegenzutreten und ihre Aktionskraft für den Augenblick zu sichern, in dem die berufenen Organisationen dazu aufrufen.

## Der oder das Verdienst des Stinnes

In einem Artikel der stinnesierten „Täglichen Rundschau“ wird es so darzustellen versucht, als ob Gen. Breitscheid im Auswärtigen Ausschuss bei der Besprechung des Stinnes-Vertrages das Verdienst des Herrn Stinnes besonders hervorgehoben hätte. In dieser Auslassung der „Täglichen Rundschau“ schreibt uns Gen. Breitscheid:

Die Verhandlungen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten sind geheim, aber nicht so geheim, daß die volksparteiliche Presse es sich versagen könnte, Worte, mit denen Herr Stinnes seinen Vertrag begründet und verteidigt hat, in einer für die Leser entsprechend zurechtgemachten Form wiederzubringen.

Um ihren Freund als Retter des Vaterlandes in einem um so helleren Lichte erstrahlen zu lassen, beruft sie sich dabei auch auf meine Rede und läßt mich das Verdienst rühmen, daß sich Herr Stinnes durch den Abschluß des Vertrages mit Luserfac erworben habe.

Ich habe keinen Anlaß, verschwiegener zu sein, als die volksparteilichen Zeitungen, und stelle daher fest, daß ich es in der Tat für einen Verdienst bezeichne, daß hier der Weg zu einer wirtschaftlichen Verständigung mit Frankreich betreten worden ist. Viel nachdrücklicher aber als das Verdienst habe ich den Verdienst des Herrn Stinnes hervorgehoben. Ich habe darauf hingewiesen, wie er, der Gegner des Wiesbadener Abkommens, sich jetzt mit Hilfe des Abkommens eine Monopolstellung in den Sachleistungen für Frankreich verschafft habe und wie er uns seine Anhänger, die sich vor dem darüber entrüsteten, daß das arme Deutschland infolge der Verpfichtung, die deutschen Lieferungen einzuweilen zu bezahlen, zum Bankier Frankreichs werde, es jetzt als durchaus gerechtfertigt halten, der von Stinnes kontrollierten Vermittlungsgesellschaft noch einen besonderen Gewinn von 6% zu gewähren. Das ganze sei kein Patriotismus, sondern ein gutes Geschäft des Privatunternehmertums, und es sei auf das Lebhafteste zu bedauern, daß die an sich begründbarste Annäherung an Frankreich nicht von der Regierung, sondern von Herrn Stinnes, der alles tut, um seine Regierung zu diskreditieren, ausgehe.

Ich habe weiterhin darauf aufmerksam gemacht, wie Herr Stinnes und seine Freunde sich jetzt bemühen, für ihre angeblich staatsretterische Arbeit auch noch Bezahlung in Gestalt von Ministerportefeuilles zu erhalten, da ihnen der schöne Profit, den sie einbrachten, aufhebend noch nicht genüge. Ich schloß mit der Versicherung, daß die Arbeiterklasse alle Anstrengungen machen werde, den ihr gebührenden Einfluß auf die Verständigung mit Frankreich zu gewinnen. Sie wollen den dauernden Frieden, aber sie werden nicht annehmen, daß er ohne sie oder gar auf ihrem Rücken abgeschlossen werde.

## Finanzfragen im Reichswirtschaftsrat

Auf Mittwoch nächster Woche haben der wirtschaftliche und der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats eine gemeinsame Sitzung einberufen, um sich zunächst mit einem Beschlusse des Unterausschusses für Produktionskredit zu befassen, der das Bankgeheimnis wieder herzustellen, den Depotzwang aufzuheben und den Handelswechsel wieder eingeführt haben will. Außerdem soll Stellung genommen werden zu einer Entschließung des Unterausschusses für Ausfuhrbedingungen über die Verwendung ausländischer Zahlungsmittel im inländischen Verkehr.

Der Unterausschuss des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung hat eine Sitzung am Donnerstag, den 14. September anberaumt. Zur Beratung sollen dabei kommen ein Antrag auf Abänderung der Getreidemlage, ein Erlass der Reichsbehörden zur Kartoffelversorgung, die Frage der Veranschlagung der Genossenschaften und des Handels beim Stickstoffdüngereinsatz und die Frage der Behandlung der Weineinfuhr außerhalb der Einfuhrkontingente.

## Geheimbündelei in Preußen

Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein hat vor kurzem auf Grund des § 14 Abs. 1 des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik für den Umfang seiner Provinz die Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen des „Bundes des Niederdeutschen“ e. B. Hamburg verboten. Wie die „Dena“ erzählt, erfolgte das Verbot, weil festgestellt worden ist, daß der Bund der Niederdeutschen in engen Beziehungen zu einer Reihe von in Hamburg und in Preußen verbotenen Organisationen gestanden hat. Ferner sind bei dem ersten Vorstehenden des Bundes der Niederdeutschen, Ortsgruppe Bergedorf, dem Kaufmann Ernst Dröge, u. a. 15 Maschinengewehre, 10 Erschläufe, 134 Stahlhelme, 62 Stiefhandgranaten, 4 Riften mit je 1000 Flakpatronen festgesetzt und beschlagnahmt worden, die Dröge, wie er bei seiner Vernehmung angegeben hat, für den Bund der Niederdeutschen beschafft hat.

## 500 000 Kronen-Rosen

Wien, 9. September. Da bei der Leistung größerer Zahlungen das Rechnen von Banknotenabschnitten über höhere Beträge den Zahlungsverkehr bedeutend erschwert, bereitet die Austro-Ungar-Bank die Ausgabe von Banknoten zu 500 000 Kronen vor, die aber der technischen Schwierigkeiten wegen erst später dem Verkehr übergeben werden sollen. Bis dahin will die Austro-Ungar-Bank durch ihre Hauptbank die Herausgabe unerlässlich der Schicksalscheine über eine Million und fünf Millionen Kronen tätigen. Sobald der Verkehr mit den neuen 500 000 Kronen-Roten hinreichend voran ist, besteht die Absicht, die ausgegebenen Banknoten wieder dem Verkehr zu entziehen.

Staatliche Gewerkschaftsvereinigungen in Preußen. Der preussische Handelsminister Herting hat, wie die „Dena“ von dem händler Stelle erfahren, die Gewerkschaftlerin Trapp aus Krefeld als Hilfsarbeiterin in das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe berufen. Frau Trapp wird speziell die Angelegenheiten der Arbeiterinnen und Frauen im Gewerbeaufsichtsdienst bearbeiten.



# Ein Wort zur Einigung

Es mehren sich von Tag zu Tag die Zeichen, welche uns zeigen, daß die U.S.D. in ihrer Gesamtheit von dem einheitlichen Willen, die zerstreuten Arbeitermassen in einer einheitlichen Kampffront auszusammenschließen, befaßt ist.

Wer im Interesse der Arbeiterbewegung und des Sozialismus überhaupt, sich mit der Frage der Einigung in Arbeiter- und Gewerkschaften befaßt, hier und dort in Gesprächen, Beratungen, Gedankenaustausch pflegt, konnte feststellen, daß es ganz im Gegensatz zu den Behauptungen der kommunistischen und gewerkschaftlichen Presse, nicht die leitenden Parteifunktionäre, und die Zentralkomitees der beiden Parteien allein oder in erster Linie waren, die die Einheitsfront propagierten und schaffen wollten, sondern daß die Pioniere auf diesem Gebiet die in beiden Parteien organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter gewesen sind, die mit elementarer Macht und einem seltenen Eifer diesen Gedanken gefördert und zum Reife gebracht haben.

Gewiß soll und darf nicht verkantet werden, daß es in unserer Partei noch heute einen Prozentsatz gibt, der verstreut in allerlei Erwägungen, im Innern noch nicht zur völligen Klarheit gelangt ist. Obwohl nie ein Gegner der Einheitsfront der Arbeiterklasse, stand auch ich bis zu einem gewissen Grade der pöblichen impulsiven Aufwallung und dem Zueinanderbegehren, pessimistisch gegenüber. Als ich dann reichlich prüfte, die ganze Arbeiterbewegung der letzten Jahre mit den vielen Hoffnungen und vielen Misserfolgen im Geiste vorüberzusehen, die Erfolge auf die eine Seite und die Rückschläge auf die andere Seite dachte, mußte ich mir gefehen, daß bei der Herrschaft der Arbeiterklasse und der hierdurch hervorgerufenen Kraftveränderung ein anderer Ausgang als die Erstarrung der Reaktion nicht zu erwarten war.

Die Voraussetzung für die Unterwerfung der kapitalistischen und reaktionären Mächte und deren endgültige Ausschaltung, ist die Gegenüberstellung einer gleichwertigen, geschlossenen, kampffähigen Arbeiterorganisation.

Darin waren wir uns als Unabhängige Sozialdemokraten alle einig und betrachteten es als unsere vornehmste und erste Aufgabe, dies Ziel zu erreichen. Welcher Erfolg? Neben uns, rechts und links, geschah das Gleiche. Die Versammlungen und die Arbeiterpresse wurden in diesem Moment nicht mehr ausschließlich das Instrument der Arbeiterorganisation und der Bekämpfung der Klassenfeinde, sondern neigedungen Stätten, wo unter Zuhilfenahme nicht immer schöner Mittel die Sprecher anderer Arbeiterorganisationen mundtot gemacht wurden. Das Nachlassen der politisch aktiven Beteiligung der nicht organisierten Massen, das Ausschweifen der Presse für Propagandazwecke und das damit verbundenen geringeren Maßes bei den Indifferenzen oder Mißverständnissen, machte diesen Kampf vollends zu einem Kampf zwischen den Arbeiterorganisationen oder deren Mitgliedern untereinander. Den Sozialismus wollten wir den Indifferenzen lehren und sein Gutes für die Menschheit beweisen, fragen möchte ich hierbei wie jene Indifferenzen in Stadt und Land bei den Auseinandersetzungen für den Sozialismus gewonnen werden sollten, wenn die sozialistischen Parteien, die Kommunisten eingeschlossen, jede nach ihrer Art und in nicht immer glücklicher Form Agitation trieben. Wir dachten es als Angehörige der einen oder der anderen Partei als einen Sieg, wenn wir in Versammlungen einige Stimmen, in Wahlkämpfen einige Mandate gewonnen hätten. Schon lange waren es nur noch Verschiebungen innerhalb der Arbeiterparteien. Jeder sogenannte Sieg ward erkauft mit vielen mühevollen Kämpfen, denen der Bruderkampf zum Eckel geworden war. Dies in erster Linie war es, was mir die Überzeugung gab, daß der Schritt zur Vereinigung getan werden muß, wenn anders die Arbeiterklasse nicht ganz der Verleumdung und Ausbeutung erliegen soll.

Dann aber ist es der Gedanke, der noch viele unserer Genossen quält: werden auch Bedingungen, wird eine Basis geschaffen, auf die wir ruhigen Herzens und voll Zuversicht treten können. Dieser Gedanke hat mich ebenfalls befeuert und ich habe mich auch hier nach gründlicher Prüfung durchgezungen. Nicht eine Erklärung auf dem Papier gibt und die beste Gewähr, diese ist erst gegeben, wenn wir schon jetzt erkennen können, daß eine geistige Umstellung in der SPD. stattgefunden hat. Da werden wir an Hand der Ergebnisse in der SPD. auf manches stoßen, das uns mit der Zuversicht erfüllt, daß bei einem organisatorischen Zusammenschluß, bei dem täglichen Zusammenarbeiten mit den Genossen, die noch im anderen Lager stehen, unsere Ideen und Anschauungen auf guten Boden fallen werden. Ein Schwächling, wer nicht die Kraft in sich verspürt, auch in der geeinigten Partei die alten Grundsätze hochzuhalten. Das wird um so mehr der Fall sein, wenn die Partei den Schritt als Ganzes tut. Keiner darf vom Wege abbiegen, sondern muß seine Pflichten auch in der geeinigten Partei weiter erfüllen im Interesse der gesamten Arbeiterklasse.

Hermann Kemper, Baumhüttenweg.

## Der Verantwortliche der „Roten Fahne“ verhaftet

Nach einer Mitteilung der „Roten Fahne“ wurde ihr verantwortlicher Redakteur Richard Janus am Freitag nachmittag im Polizeipräsidium verhaftet. Janus war in Stuttgart wegen eines Pressevergehens zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, hat aber seines schlechten Gesundheitszustandes wegen um Strafausschub gebittet. Dieser Ausschub wurde verweigert und da Janus sich nicht stellte, hatte die Stuttgarter Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl erlassen und ihn der Berliner Polizei zur Vollstreckung übermitteln. In der Redaktion konnte der Haftbefehl nicht vollstreckt werden, weil Janus dort nicht angetroffen war. Infolgedessen wurde der „Roten Fahne“ telefonisch mitgeteilt, man wüßte ihren Verantwortlichen bei der Pressestelle der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums zu sprechen. Als er nun erschien, erfolgte seine Festnahme. In einer amtlichen Erklärung kreiert allerdings das Polizeipräsidium die von der „Roten Fahne“ gegebene Darstellung, als ob die Festnahme gelegentlich einer Vorladung des Pressevergehens erfolgt sei. Vielmehr erschien Janus bei der politischen Polizei, um in einer schwebenden Strafsache Anklagen zu machen. Dabei sei er, dem Stuttgarter Ersuchen entsprechend, verhaftet worden.

Gegen die Form der Verhaftung wendet sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wie folgt:

„Ohne irgendwelche zu den Delikten des Redakteurs der „Roten Fahne“ Stellung zu nehmen, möchten wir doch betonen, daß die Art und Weise, in der die politische Polizei einen Haftbefehl vollstreckt, im höchsten Grade zu mißbilligen ist. Der Haftbefehl gegen den Redakteur lag längst vor. Man hätte diesen also, wenn man ihn nicht in der Redaktion angetroffen hat, in seiner Wohnung verhaften können. Aber daß man ihn wegen einer anderen Angelegenheit ins Polizeipräsidium beordert und ihn dann dort verhaftet, ist ein unläuterer Mittel, gegen das aufs schärfste protestiert werden muß.“

Auch wir sind der Auffassung, daß die Methode, einen Redakteur unter irgendeinem Vorwand ins Polizeipräsidium zu locken, um ihn dann zu verhaften, aufs schärfste zu verurteilen ist.

## Die Anklage gegen die Mörder Rathenaus

### Zustellung der Anklageschrift

In der Rathenau-Mordsache ist jetzt den Beteiligten die Anklageschrift zugestellt worden. Die Anklage richtet sich gegen folgende 13 Personen: Stud. des Maschinenbaues Ernst Werner Tschow, Schüler Hans Gerd Tschow aus Berlin, Stud. jur. Willy Günther aus Berlin, Kaufmann Christian Ilsemann aus Schwerin, Student Günther Steinbeck aus Dresden, Privatdetektiv Walter Niedrig aus Hamburg, Kaufmann Friedrich Warnke aus Hamburg, Bankbeamter Ernst von Salomon aus Frankfurt/Main, Kaufmann Richard Schütt aus Berlin, Kaufmann Franz Dittel aus Berlin-Schmargendorf, Student Karl Tilleßen aus Frankfurt/Main, Schriftleiter Hermut Ploas aus Frankfurt/Main, Kaufmann Werner Vogt aus Berlin. Der Oberstaatsanwalt erhebt gegen E. W. Tschow die Anklage, gemeinsam mit Fischer und Kern den Mord an Dr. Rathenau verübt zu haben. G. G. Tschow, Günther, Ilsemann, Steinbeck, Niedrig, Warnke und von Salomon werden der Beihilfe zum Mord beschuldigt. Ferner werden neben der Beihilfe der Begünstigung beschuldigt: G. G. Tschow, Günther, Ilsemann, Tilleßen, Ploas und Vogt sind gemäß § 199 wegen Unterlassung einer Anzeige von dem Vorhaben eines gemeingefährlichen Verbrechens, wie Hochverrat, Mord, Raub usw. angeklagt. Gegen Tilleßen schwebt noch eine Voruntersuchung wegen Beihilfe zu dem Mordverbrechen gegen Oberbürgermeister Scheldemann. Der angeklagte Vogt wird wegen verschiedener Straftaten von dem Untersuchungsrichter und der Staatsanwaltschaft in Deutchen/D.S., Düsseldorf, Reihe gesucht.

Ueber die Persönlichkeiten und das Vorleben der Hauptangeklagten ist das meiste bereits bekannt. Als ein Mitäter an der Ermordung Dr. Rathenaus kommt noch der Sohn des Professors Brandt in Kiel, der frühere Marine-Offizier und jetzige Student Günther Brandt, der aber flüchtig ist, in Frage. Bei Prof. Brandt wohnte Kern, als er in Kiel indidierte.

Der Sachverhalt, wie er von der Anklage dargestellt wird, entspricht im wesentlichen den bereits bekanntgewordenen Tatsachen. Die Anklage sieht als erwiesen an, daß der Ingenieur Fischer und der Student und frühere Oberleutnant zur See Erwin Kern das Attentat auf Dr. Rathenau verübt haben, und weiter der Angeklagte E. W. Tschow, der das Auto gelenkt hat, mit einer Anzahl von Gefinnungsgenossen das Verbrechen aus fanatischem Antisemitismus verübt und in dem Bahn begangen haben, sie hätten durch gewaltsame Befestigung einer hervorragenden Persönlichkeit der Regierung eine Erhebung der Arbeiterschaft und dann, nach deren Niederwerfung die Einsetzung einer rechtsradikalen Regierung herbeiführen. Zum Beweise der Behauptung führt die Anklage die eigenen Aussagen von Fischer und Kern und von Tschow gegenüber den Angeklagten von Salomon und Schütt an.

Die beiden Tschows bezeichnet die Anklage auf Grund des Beschlusses des Direktors des Arndt-Gymnasiums in Berlin-Dahlem, das sie früher besucht haben, als echte Großstadt-Kinder schlechter Art, die durch die Art ihres Benehmens den Lehrern dauernd Sorge bereitet haben. Besonders der ältere E. W. Tschow soll durch Grobmanieren und durch nicht unbedeutliche Spielereien mit scharfen Säuhwaffen Anstoß erregt haben. Die Angeklagten gehörten zum großen Teil früher der Marine, dann der Brigade Ehrhardt und schließlich seit ihrem Verlassen der Organisation O. an. Wie die Anklage schildert, kann die Vorbereitung auf dem Attentat bis eine Woche vor Ausführung der Tat bis in die kleinsten Pfaffen hinein verfolgt werden. Auch hier ist das meiste bekannt. Als Kern und von Salomon am 16. 6. die Pension Scheer am Birkus 10 (am Schiffbauerdamm) bezogen, soll Kern schon dem von S. gegenüber erzählt haben, daß er wegen einer nationalen Sache in Berlin sei. Kern, der viel über Rathenau sprach und las, tat gelegentlich eine Aeußerung, daß im Brunnenwald „die Sache vorzuschauen solle“, so daß von S. bereits damals auf den Gedanken kam, daß Kern Dr. Rathenau zu beseitigen beabsichtige, über den alle ihm nahestehenden Kreise darin übereinstimmten, daß er ein Schädling und Vertreter des logen. „schleichenden Volkshewidmud“ sei, und deshalb beseitigt werden müsse. Damals hatte der Gedanke noch keine bestimmte Form angenommen. Erst als Kern am 16. 6. von Salomon die Aufforderung zukommen ließ, in Hamburg einen Chauffeur zu besorgen, der für die nationale Sache gebraucht werden könne, kam von S. auf die Vermutung, daß ein Anschlag auf Rathenau unter Verwendung eines Autos beschlüssigt sei. Im weiteren Verlauf dieses Planes knüpften Fischer und Kern mit dem angeklagten E. W. Tschow Beziehungen an, der ihnen für ihre Absichten geeignet erschien.

Von dem Verteidiger der Angeklagten Schütt und Dittel, R. A. Dr. Albers, ist ein Antrag an den Staatsgerichtshof gestellt worden, die Verhandlung in Berlin stattfinden zu lassen. Begründet wird der Antrag damit, daß fast sämtliche Verteidiger in Berlin wohnen, sowie, daß die überwiegende Mehrzahl der Prozeßbeteiligten, der Zeugen und Sachverständigen in Berlin seien. Auch die Angeklagten befinden sich alle in Berlin in Untersuchungshaft. Es würden dadurch erhebliche Kosten vermieden werden, wenn die Hauptverhandlung in Berlin stattfindet. Der Staatsgerichtshof ist auch in der Lage, den Ort, an dem die Hauptverhandlung stattfinden hat, in jeder Sache zu bestimmen. — Dieser Antrag ist von sämtlichen übrigen Verteidigern unterzeichnet worden.

## Kommunistische Schande

Die Nachricht von dem erschütternden Ende des Sozialrevolutionärs Timosejew hat auch die „Rote Fahne“ auf die Dauer nicht todschweigen können. Die ganze Schamlosigkeit dieser Gesellschaft zeigt sich in hellem Lichte bei der Art, wie sie diese Nachricht bringen, von der sie bekräftigen müssen, daß sie vielleicht doch auf den einen oder anderen ihrer Anhänger Eindruck machen könnte. Sie schreibt: „Die Gründe, die man als Ursache des Selbstmordes angibt, leuchten nicht besonders ein. So wird behauptet, daß die tägliche Revision der Zellen sowie die Verbeisichtigung der Verurteilten und die „Verhöfung“ der Gefängnisbeamten auf den Gefangenen einen derart aufregenden Eindruck machten, daß er Nervenzusammenbrüche hatte und schließlich zum Selbstmord schritt. Es wäre nur zu wünschen, daß die Gefangenen der revolutionären Arbeiterklasse in den Gefängnissen der europäischen Demokratie so „roh“ behandelt werden würden, wie die politischen Gefangenen in Sowjetrußland.“

Das schreibt dieses Moskauer Neptilienblatt, das man im Volksmunde wegen ihrer Verlogenheit nur noch die „Lügenfahne“ nennt, trotzdem sie natürlich ganz genau weiß, daß die Kerker der Tscheka in der ganzen Welt berüchtigt sind und sie selber gelegentlich in Versammlungen und in die Kulturerrungenschaft auch für Deutschland in baldige Aussicht stellen.

Wir hatten einen letzten Appell an die Mitglieder der deutschen Zentrale gerichtet, das Leben der Verurteilten, die in den Hungerkellern getreten sind, zu retten und hatten mit Recht daran erinnert, daß die deutsche Arbeiterbewegung es verstanden hat, hunderte von politischen Gefangenen aus den Gefängnissen zu befreien. Die „Rote Fahne“ antwortet darauf:

„Die „Freiheit“ weiß so aut wie jeder Arbeiter, daß die Sozialdemokratie durch ihre Amnestiegesetze Hunderte ehrlicher deutscher Revolutionäre im Kerker belassen hat und daß die Amnestierten ihre Freiheit gegen den Willen der Sozialdemokratie, dem Druck der Arbeitermassen zu verdanken haben. Die kommunistische Partei wird durch derartige heuchlerische und sentimentale Auslegungen nie dazu bewegen werden, für die ärgsten Feinde der Arbeiterrevolution einzutreten.“

Wir müßten gestehen, diesen Abgrund von politischer Verrohung hatten wir nicht erwartet. Mit solchen Gesellen sich in einen Disput einzulassen, das ist allerdings nutzloses Bemühen.

## Der Klassenkampf

Die folgenden Ausführungen entnehmen wir dem rechtssozialistischen Parteiorgan in Hannover, dem „Hannoverschen Volkswillen“. Wir geben sie ohne Zusatzbemerkung, da sie für sich selbst sprechen. Das hannoversche Organ der SPD. schreibt:

„In den Schönheitsfeiern, die der Sozialdemokratie in den Augen der bürgerlichen politischen Gegner anhaften, zählt nicht zuletzt der „Klassenkampfscharakter“ unserer Partei. Alle anderen „Böher“ würde man uns mehr oder weniger gern verzeihen, und eitel Freude und Bönne würde herrschen auf den politischen Gefilden Deutschlands; die berühmte „Einheitsfront“ nach außen wäre in greifbare Nähe gerückt, wenn wir aufhören wollten, eine Partei des Klassenkampfes zu sein.“

Es ist richtig: Wir sind eine Partei mit Klassenkampfcharakter; wir müssen es sein. Niemand kann abhelfen, daß es in allen zivilisierten Staaten, ganz gleich, ob Despotie, Monarchie oder Demokratie — die Staatsform tut nichts zur Sache —, Klassengegensätze der verschiedensten Art gibt; der größte, abgrundtiefste ist der zwischen den Arbeitern, Beamten und Angestellten auf der einen Seite und den Unternehmern der verschiedensten Art auf der anderen. Diese Gegensätze leugnen zu wollen, hieße Vogel-Strauß-Politik treiben. Sie, die Klassegegensätze sind da und

### bedingen den Klassenkampf,

d. h. jede Klasse ist auf ihren wirtschaftlichen Vorteil bedacht, sucht ihren Anteil am Ertrage der Arbeit, ihren Anteil an den Gütern dieser Welt auf Kosten der anderen zu erhöhen. Ein ganz natürlicher Zustand. Klassenkämpfer ist der, der mit den nötigen Kenntnissen der wirtschaftlichen Verhältnisse ausgerüstet die Interessen seiner Klasse vorzitt und nach Möglichkeit zu fördern sucht. Das Manthelendum, Wassenbuntent, lämmelhofes Betragen die ungeeignetsten Mittel in diesem hochernsten, geschichtlichen Kampf sind, verkehrt sich am Rande. Klassenkämpfer genannt zu werden, schließt also keinen Makel ein; im Gegenteil; es ist ein Ehrentitel, der besagt, daß der damit Bezeichnete ein Mann ist, der den Mut hat, für seine eigenen und die Interessen seiner Klassenangehörigen zu wirken und hierfür auch Opfer zu bringen. Genau so bei der Partei: Wir sind stolz darauf eine Partei des Klassenkampfes zu sein.

Wären wir das nicht, dann wären wir wirtschaftspolitische Wackelklappen, hätten wir keine Existenzberechtigung.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 11. bis 17. September unverändert zum Preise von Mk. 5000.— für 1 Awanamarkstück, Mk. 2500.— für 1 Rehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise bezahlt. Der Ankauf von Reichsbanknoten durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 11. d. Mts. bis auf weiteres um 100fachen Betrage des Nennwertes.

Eine neue Luftlinie in Rußland. Das Verkehrsministerium hat mit dem Kommissariat für Außenhandel eine Aktiengesellschaft geartndet, die unter Ausziehung ausländischen Kapitals eine neue Luftverbindung zwischen Petersburg—Charkow—Taschkent—Kiew—Odessa und Wladiwostok einrichten soll. Die Vorarbeiten für die neue Aktienellschaft haben bereits begonnen.

Frankisch-deutscher Wettflug in der Rhön. Die „Echo de Paris“ mitteilt, hat der französische Piloter Bassoutant den Sieger im Gesellschaftswettbewerb in der Rhön Denten an einem Wettbewerb mit motorlosen Flugzeugen aufzuerbort. Er hat sich bereit erklärt, zu diesem Zwecke noch der Rhön zu kommen.

1 Dollar = 1375 Mark

**Zähne 40 u. 50 Mk. mit Friedenskautschuk**  
3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 80 Mk. an  
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxussteile  
**Zahn-Praxis Hatvani.** Quanzner Straße 1 (Hochbahnstation)  
In der Nacht 7 Jahren über 2500 Gebisse zur richtigen Zeit geliefert.







# Die Parteipresse zum Aktionsprogramm

„Leipziger Volkszeitung“:

Es ist außer Zweifel, daß die taktische Einstellung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei eine weit schärfere Fassung der Kämpfe erwarten läßt, als das bisher bei den Rechtssozialisten zu beobachten war. Insofern ist der vorliegende Entwurf eine Verneinung des Geistes von Görlich, wo der Klassenkampfgedanke nur mühsam in das Programm hineingefügt worden war. Die einleitende Fassung des vorliegenden Aktionsprogramms läßt daher keinen Zweifel übrig, daß sich die Orientierung der vereinigten Partei wieder in erhöhtem Maße der marxistischen Auffassung vom Kampfe der Klassen nähern wird. In diesem Sinne begrüßen wir den Entwurf der beiden Zentralinstanzen und es wird nunmehr die Aufgabe der Arbeiterorganisationen sein, das neue Aktionsprogramm einer eingehenden Diskussion zu unterziehen. Wir sind der Auffassung, daß an der Formulierung der einzelnen Gegenwartsforderungen angesichts der Situation nicht allzuviel geändert werden wird, zuletzt aber liegt die Souveränität der Entscheidung bei den Delegierten beider Parteitage.

Jeder Vereinigungsprozeß der Arbeiterklassen der Internationalen hat Programme, wenn auch vorübergehender Natur, gezeitigt, die diesen Kompromißcharakter tragen und die auf allen Seiten Wünsche übrig lassen. Wichtiger aber als alle parteidogmatischen Forderungen ist die Entwicklung der Kampfkräfte des Proletariats in seiner Gesamtheit. Um diese auf ein Höchstmaß zu steigern, ist es notwendig, daß die Basis der mittleren Linie gefunden wird.

„Volkszeitung für Südwestfalen“ (Mauen):

Das von der Arbeiterschaft sehnsüchtig und schon früher erwartete Aktionsprogramm der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei liegt nun vor. Es ist ein Aktionsprogramm im besten Sinne des Wortes; ein Programm, das zwar klar und scharf das Ziel der Zukunft aufzeigt, das aber vor allem an die Forderungen des Tages anknüpft. Es wird dem Leser zunächst auffallen, daß diese Forderungen zwar alle präzisiert werden, daß aber außer der grundsätzlichen Anerkennung der Republik und damit der Demokratie nicht viel über die einzelnen Methoden des Kampfes und die einzuschlagende Taktik gesagt wird. Wir möchten dies für die beste Eigenschaft dieses Aktionsprogramms halten; denn die beste Taktik und die richtigsten Methoden des Kampfes können sich immer nur aus der jeweiligen politischen Situation ergeben. Nichts ist hemmender für eine politische Partei, nichts erzeugt mehr fruchtlose Debatten als in Momenten, die zu raschen Entscheidungen drängen, als Aktionsprogramme, die nicht nur Forderungen und Ziele, sondern auch Taktik und Methoden festlegen. Deshalb begrüßen wir lebhaft diese Beschränkung des Aktionsprogramms auf ein Programm für die Aktion.

„Volkszeitung“ für Halle:

Durch die Schaffung des Aktionsprogramms der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei ist die erforderliche Ueberstimmung erzielt, sind die Kampfziele der zur Massenpartei vereinigten deutschen Sozialisten aufgestellt. Die Spannung ist gelöst, die Erwartungen der Tausende deutscher Arbeiter erfüllt. Auf den ersten Blick ist erkennbar, daß hier das Werk eines Kompromisses vorliegt, das beide Richtungen abschließen mußten, um zu dem erwünschten Ergebnis zu kommen. Wäre anders verfahren worden, dann hätte das die Hinanderschlebung des Einigungswerkes auf unabsehbare Zeit bedeutet. Das Programm läßt zwei Fragen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind, ganz außer Betracht: die Koalitionspolitik und die Diktatur des Proletariats. Diese Stellungnahme zeigt deutlich die Merkmale des Kompromisses an. Sollen wir aber an diesen beiden Fragen das große Werk der Einigung scheitern lassen? Das wird kein aufrichtiger Genosse, ob er der SPD, oder der USPD, angehört, wollen.

„Tribüne“ (Erfurt):

Bei einer Einigung von bisher feindsichtigen Brüdern muß jeder einseits Blicke zurückwerfen, keiner darf auf jeden Buchstaben seines Programms bestehen. Die Erfüllung der Forderung, das Leipziger Aktionsprogramm der USPD, und das Görlicher Programm der SPD, aufzugeben und ein neues gemeinsames Aktionsprogramm zu schaffen, ist eine feststehende Voraussetzung für die Vereinigung, die von den zentralen Vorkörpern bereits anerkannt worden ist und der sich sicher auch die beiden Parteitage nicht verschließen werden.

Bereits in dem Titel „Aktionsprogramm der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ kommt deutlich zum Ausdruck, daß es sich nicht um ein Aufgeben der einen Partei in die andere handelt, sondern um eine Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien. In der Einleitung wird betont, daß das Aktionsprogramm geschaffen wurde „in dem Streben, alle Kräfte des Proletariats zur Erringung der politischen Macht, zur Vereinhaltung der Klassenherrschaft und

zur Verwirklichung des Sozialismus einseitlich im Klassenkampf zusammenzufassen“, und daß es ausgeht von den Grundthesen des wissenschaftlichen Sozialismus. Damit ist dokumentiert, welche Linie die künftige USPD einhalten hat. Für die Annahme dieser Richtung müssen alle Parteigenossen durch regste Anteilnahme an der Parteiarbeit und an den Parteibeschlüssen Sorgen tragen.

„Magdeburger Volkszeitung“:

Der Gedanke des Klassenkampfes ist im Programm enthalten, wie es unsere Partei einmütig wünschte. Nun wird es darauf ankommen, wie die geeinte Partei den Begriff Klassenkampf in der Praxis auslegen wird. Die Rechtssozialisten hatten ihn ins Görlicher Programm nachträglich als Dekoration eingeführt. Die Kommunisten verwechseln mit Sozialismus den Klassenkampf. Die USPD hand darzwischen und nahm für sich in Anspruch, den Klassenkampfgedanken unverfälscht zu propagieren. Alle drei Parteien redeten vom Klassenkampf, und doch war ihre Haltung so verschieden. Jetzt heißt es also, in der geeinten Partei in sachlicher Brüderlichkeit zu streben, daß wirkliche Klassenkampfpolitik getrieben wird. Sonst ist das Programm wie ein feines Papier, auch dann, wenn noch mehr Sätze vom revolutionären Klassenkampf darin enthalten wären.

„Dithüringer Tribüne“ (Gera):

Das Aktionsprogramm selbst ist ein Kompromißprodukt, hervorgegangen aus der gemeinsamen Beratung der Repräsentanten zweier sozialistischer Parteien, deren Theorie und Praxis in vielen Punkten übereinstimmte, in anderen aber auch stark differierte. Berücksichtigt man das, dann muß man das Aktionsprogramm ohne alle Umschweife als eine überaus glückliche Wina betrachten. Klarheit muß allerdings vorerst darüber bestehen, welche Ansprüche an ein Aktionsprogramm gestellt werden dürfen: Es soll in großen Umrissen die Grundzüge und Richtlinien für die nächsten politischen und wirtschaftlichen Aufgaben einer Partei enthalten! Dieser Anforderung genügt das neue Aktionsprogramm ganz zweifellos. Sein Vorzug ist Klarheit und Klarheit. Wenigstens aber viel proletarische Forderungen an die bürgerliche Gesellschaft, aus denen eine dementsprechende Taktik aus sich selbst folgt. Alles wird davon abhängen, inwieweit der Kampf der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit ihrem Aktionsprogramm übereinstimmt. Geht es nach der organisatorischen Vereinigung, in kürzester Frist die geschlossene sozialistische Großmacht für die neuen weltweiten Aufgaben in den Kampf zu führen, dann werden bedeutende Erfolge errungen werden, der proletarische Einfluß in Politik und Wirtschaft, Staat und Gesellschaft wird wachsen, und dann werden auch die „kommunistischen“ Analektiker, die heute Seite an Seite mit den bürgerlichen Parteien ihren Kerker über die Einigung des sozialistischen Proletariats Luft machen, zum Schweigen gebracht werden.

„Volkszeitung“ (Düsseldorf):

Das Wichtigste an dem vorliegenden Aktionsprogramm ist der einleitende Satz, daß der Kapitalismus der Welt Frieden, Arbeit und Brot nicht zu geben vermag, und daß die Menschheit nur durch den Sozialismus zur Freiheit und Wohlfahrt gelangen kann. Durch die erneute Feststellung der Unfruchtbarkeit des Kapitalismus für die Zukunft der Gesellschaft im Aktionsprogramm beider bisher noch getrennten sozialistischen Parteien ist in der Tat ein Boden geschaffen, auf dem eine Annäherung und Vereinigung möglich ist.

Diese Feststellung entzieht auf wirtschaftlichem Gebiet der so viel umstrittenen Frage der Arbeitsgemeinschaften den Boden, sie befördert die Unmöglichkeit, mit Hilfe oder durch Unterstützung der kapitalistischen Wirtschaft der Menschheit Arbeit und Brot zu sichern. Auf die politische Tätigkeit angewandt, ermöglicht diese Feststellung eine andere Betrachtung der Koalitionspolitik, die bisher allzu sehr von dem Gedanken einer Interessensharmonie getragen schien. Durch die unzweideutige Abgrenzung des kapitalistischen Systems hat die Einleitung des Aktionsprogramms die sozialistische Arbeit geschaffen, die zur Führung des proletarischen Klassenkampfes erstes Erfordernis ist.

„Bremer Arbeiter-Zeitung“:

Die Schaffung dieses Aktionsprogramms, dessen Fertigstellung die Gesamtarbeiterschaft begrüßt, bedeutet die tätige Bereitschaft der sozialistischen Parteien, die Einigung der Arbeiterklasse schnellstmöglich zu fördern und zu vollenden. Es handelt sich bei diesem, der Diskussion der Parteigenossen unterbreiteten Programm nicht darum, allen programmatischen Forderungen der USPD, eine endgültige Form zu geben Wünsche zur Ergänzung dieses oder jenes Punktes, zur schärferen Formulierung dieser oder jener Forderung sind berechtigt und verdienen diskutiert zu werden. Bei diesem aus dem unheilbaren Drängen der Massen nach Einigung in wenigen Tagen entstandenen Aktionsprogramm handelt es sich aber auch gar nicht um Endgültiges. Es soll das aktive Programm für das gegenwärtige Wirken der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei sein; ein endgültiges

und grundsätzlich-wissenschaftliches Programm muß später folgen. Wir meinen aber, daß ausnahmslos jeder Sozialist und Proletarier den in dem Aktionsprogramm enthaltenen Forderungen zustimmen kann und es freudig begrüßen würde, wenn diese Forderungen erst lebendige Wirklichkeit geworden wären. Daß es dazu kommt, und zwar recht bald, das hängt vor allen Dingen von den Massen der Arbeiterschaft ab, die sich jetzt reiflos hinter diese wesentlichen Forderungen stellen und die sozialistischen Parteiführer unterstützen müssen, die sich um die Durchführung bemühen.

„Freiheit“ (Königsberg):

Erfreulich ist, daß der Klassenkampfcharakter der geeinten Partei klar und offen bekundet wird, und an zwei Dingen schon, die der Entwurf zum Ziele setzt, werden selbst die Genossen, denen das Programm in manchen Dingen nicht weit genug geht, erkennen, welche ungeheure Aufgaben der Partei harren, welche bittere Kämpfe ihr bevorstehen werden, will sie diesen Forderungen gerecht werden, in ihnen das Proletariat zum Siege führen: die Sozialisierung der Schlüsselindustrien! Gerade in diesen Tagen, da ein Einigung über den Kopf der Reichsregierung hinweg eigenmächtig mit Frankreich verhandelt und damit die Kiesenmacht des vertriebenen Kapitals sinnlos aufweist, dürfte es manchem Proletarier klar werden, wie wichtig, aber auch ungeheuer schwer dieser Kampf um die Sozialisierung der Schlüsselindustrien werden muß und wird. Muß den Arbeitern klar werden, daß ein gespaltenes Proletariat nie und nimmer auf die Verwirklichung dieser Forderung hoffen darf.

„Sozialdemokrat“ (Münster):

Wir wollen also ohne weiteres zugeben, daß in diesem Entwurf nur Gegenwartsfragen erörtert werden, aber wir müssen auch weiter sagen, daß die Fragen erst erledigt werden müssen, ehe wir an die eigentliche Aufgabe herangehen können. Das aber darf auch denen gesagt werden, die vielleicht in wohlwollendem Wunsch nach einer Weiterführung der Revolution eine scharfe Tonart verlangt haben: Wenn diese Forderungen erfüllt werden, dann nur im härtesten Kampf mit dem Bürgertum! Das sind alles Machtfragen und niemand wird auftreten können und sagen, daß man mit einer Kompromißpolitik oder durch Koalitionslösungen zu einem Erfolge gelangen kann. Hier wird in der Tat die Art an die Wurzel des Klassenkampfes gefaßt und wir brauchen wirklich nicht den Glauben zu hegen, daß die bürgerlichen Parteien diesem Programm sympathisch gegenüberstehen.

„Unabhängige Volkszeitung“ (Dresden):

Deshalb fügen wir uns heute der Notwendigkeit, im Aktionsprogramm zur Vereinigung der Parteien die Fragen der Taktik unberührt zu lassen. Ist die Vereinigung vollzogen, so werden gleich die ersten Schritte der Partei — Stellung für Regierungsbildung — erweisen, welche Wirkungen sie bei den Gegnern auslösen und wie ihnen begegnet werden muß. Jetzt eine Festlegung, so oder so zu treffen, könnte eine unverantwortliche Schwäche sein und ein Verzicht auf Wirkungen von Schlägen, die erst Zug um Zug geführt werden müssen. Hauptfrage bleibt, daß die proletarischen Massen der Parteimitglieder auf Führung des Klassenkampfes drängen, dann wird auch die jeweils zweckmäßigste Taktik durchgeföhrt werden. Und daß die Mitgliedermassen drängen und wuchten werden, ist sicher, dazu treibt sie die Not, das Elend, der wirtschaftliche und soziale Druck. Es gibt keinen anderen Weg für sie.

Eine rechtssozialistische Stimme

Der „Sozialdemokratische Parlamentsklub“ hat an die Presse der Sozialdemokratischen Partei einen Artikel verfaßt, der in vielen rechtssozialistischen Zeitungen abgedruckt wird. In diesem Artikel heißt es: „Wenn der Magdeburger Parteitag der USPD, und der Geraer der USPD, das neue Einigungsprogramm — beide vorausichtlich mit erdrückenden Mehrheiten — annehmen werden, so werden sich dabei die Abstimmen nicht fragen, ob sie mit jedem Wort dieses Programms einverstanden sind, sondern sie werden ihre Abstimmung vollziehen je nachdem, ob sie die Einigung wollen, oder nicht. Wer das Ziel will, muß auch der Weg wollen; den Weg zur Einigung bildet aber eben dieses neue Aktionsprogramm und keiner, der die Einigung will, wird zögern, ihn zu beschreiten. Im übrigen enthält das neue Einigungsprogramm nichts, wogegen sich das theoretische Gewissen eines Sozialdemokraten der einen oder der anderen Partei erheben könnte. Das ist um so bemerkenswerter und erfreulicher, als das neue Aktionsprogramm seine Formulierung fast ausschließlich von Mitgliedern der bisherigen USPD erhalten hat. Ein Kampf, in dem über Lehmeinungen und taktische Auffassungen gestritten worden wäre, hat nicht stattgefunden. Er wäre sachlich auch nicht im mindesten berechtigt gewesen, da gegen die Programmvor schläge der Unabhängigen erste sachliche Einwände kaum zu erheben waren. Darin zeigt sich, daß der Einigungsprozeß innerlich schon zu einer hohen Reife gelangt war, so daß die organisatorische Vereinigung nur noch als eine natürliche Folge dieses geistigen Entwicklungsprozesses erscheint.“

# Die Parole des Tages:

Lackbesatzstiefel in vielen Ausführungen auch m. farb. Einsätzen

Neueste Modelle, Gesellsch.u. Ballsch.

Damen- u. Herren-Boxcalf-Stiefel mit 19 Doppelsonnen.

Warme Hausschuhe in prima Qualitäten und sehr vielen neuen Arten.

# Leiser

an allen Brennpunkten Groß-Berlins



## Urwahl zum Parteitag

Die Urwahl für die Delegierten zum Parteitag findet heute in der Zeit von 10-11 Uhr statt. Die Stimmentzettel sind von den Distrikten zu liefern und dürfen nur die Namen der Kandidaten enthalten. Für jedes Lokal ist ein Wahlkomitee zu bilden, das an demselben Tage die Wahl auszusprechen hat. Das zusammengefasste und gezählte Wahlergebnis der einzelnen Verwaltungsbezirke ist spätestens bis Montag, dem 11. September, dem Verbandsbüro, zu Händen des Genossen Hermann Müller, zu übermitteln. Als gewählt gilt, wer die meisten Stimmen erhält.

In folgenden Lokalen findet die Urwahl statt:

1. Distrikt: Baum, Stallwärtlerstr. 47; Saagen. An der Stralauer Brüder 6; Michaelisstr. 2.
2. Distrikt: 1. Abteilung: Kulad, Kaiserstr. 41; 2. Abteilung: Kurzer, Rindfleischpl. 5; 3. Abteilung: Gellina, Swinemünder Str. 14; 4. Abteilung: Pörsche, Georgenkirchstr. 5; 5. Abteilung: Vorbeer, Gormannstr. 3.
3. Distrikt: Dams, Schlegelstr. 9.
4. Distrikt: Kroll, Bülowstr. 55 (Tel. 9901).
5. Distrikt: Kaiser, Gokowskystr. 34; Drehme, Melanchthonsstr. 23.
6. Distrikt: Krüger, Pultisstr. 10; Günther, Rostocker Straße 42.
7. Distrikt (Wedding): Wahlbüro Wehner, Baitstraße 3 (Tel.: Humboldt 1594). Die erste Abteilung wählt bei Garus, Poststr. 37, die zweite Abteilung bei Rißhmann, Ackerstraße 122, die dritte Abteilung bei Dietrich, Swinemünder Straße 36.
8. Distrikt: Varleben, Burdors, Ede Wildenowstraße; Abraham, Nordufer Ede Fehmannstraße; Erdmann, Schönwalder Str. 25.
9. Distrikt: Wahllokal bei Kroll, Utrechter Str. 21 und bei Schulz, Seestr. 108.
10. Distrikt (Gesundbrunnen): Die Wahllokale befinden sich für die 1. Abteilung bei Grunert, Pankestr. 59; 2. Abteilung bei Frisch, Drontheimer Str. 4; 3. Abteilung bei Ernst, Bellermannstr. 2.
11. Distrikt: Scheibe, Bauckstr. 2; Dieb, Nauaarder Straße 14.
12. Distrikt: Hoffmann, Luchener Str. 8.
13. Distrikt: Pielich, Gleimstr. 58; Böhne, Stolsische Straße 37.
14. Distrikt: Büttner, Schwedter Str. 23.
15. Distrikt: 1. Verw.-Bez. Zentralwahllokal: R u a e, Danziger Straße 71.)
16. Distrikt: Zentralwahllokal: Bartsch, Friedenstr. 88, Tel. Lgt 2705. Hübner, Grüner Weg 6; Becker, Georgenkirchstraße 67; Pilzeder, Blumenstr. 34.
17. Distrikt: 1. 2. Abteilung und Stralau: Hoffmann, Stralauer Allee Ede Markgrafendamm; 4. 5. und 7. Abteilung: Laufs, Prudisstr. 17; 6. 8. und 9. Abteilung: Müde, Warshawer Str. 17.
18. Distrikt: Wittich, Petersburger Str. 5; Dreife, Schreinerstr. 18.
19. Distrikt: Brozowski, Alte Jakobstr. 24.
20. Distrikt: 1. und 2. Abteilung: Gebert, Joffener Str. 1; 3. Abteilung: Kern, Schönleinstr. 26; 4. Abteilung: Pieler, Diefenbachstr. 76 (Zentrallokal).
21. Distrikt: Vogel, Bräuer Str. 46; Eisert, Oranienstr. 196 am Heinrichsplatz; Reinke, Grünauer Str. 17; Bartsch, Wiener Str. 38; John, Pückerstr. 39; Valentin, Gölziger Str. 72; Alenhal, Stallter Str. 69.
22. Verw.-Bez. Charlottenburg: 1. Abteilung: Feinze, Nehringstr. 27; 2. Abteilung: Lehmann, Königsweg 8; 3. Abteilung: Helmholzquelle, Helmholzstr. 21; Tegtmeyer, Duttinstr. 24; Büttner, Kaiserin-Augusta-Allee 81; 4. Abteilung: Ebel, Kaiser-Friedrich-Str. 45; 5. Abteilung: Grütner, Lühnowstr. 8; 6. Abteilung: Völle, Gaebehr. 58; 7. und 8. Abteilung: Tunnad, Wielandstr. 4; Zentralbüro: Grütner, Lühnowstr. 8.
23. Verw.-Bez. Spandau: Wilhelm Wind, Pichelddorfer Str. 5; Kollschmidt, Neuenendorfer Str. 87; Siemensstadt: Springer, Siemensstr. Ede Herzstr.; Staaken: Wohnung des Genossen Paul Schulz, Peralstr. 6.
24. Verw.-Bez. Wilmersdorf, Schmaragdort, Grunewald: 1. Abteilung: Salensee, Schneidmühlstraße, bei Scholke; 2. und 3. Abteilung: Wilmersdorf, Lauenburger Straße, bei Kulla; 4. Abteilung: Wilmersdorf, Durlacher-Ede Nürbringerstr., Schloßbräu; Schmaragdort: Breite Straße 25, bei Baden. (Sämtlich Wahlzeit Sonntag, den 10. September, vormittags 10-12 Uhr.)
25. Verw.-Bez. Hellendorf: Sonnabend 6-9 Uhr, Potsdamer Straße 25; Wannsee: Sonnabend 6-8 Uhr, Chausseestraße 2a, bei Koch.
26. Verw.-Bez. Schöneberg-Friedenau: 1. bis 5. Bez. bei Baum, Apffel-Pankus-Str. 33; 6. bis 10. Bez. bei Palm, Kobbach-Ede Cheruskerstr.; 12. Bez. bei Palm, Kobbach-Ede Cheruskerstr.; 11. Bez. und Friedenau, bei Klabe, Dandertstr. 60/61.
27. Verw.-Bez. Stealitz: Thiel, Döppel-Ede Lieberstr. Die Wahlzeit ist von 9-12 Uhr festgesetzt.  
Kantwahl: Wahl des Delegierten zum Parteitag beim Genossen Gabisch, Pankusstraße 1, von 10 bis 1 Uhr.
28. Verw.-Bez. Tempelhof, Mariendorf, Mariensfeld, Lichtenrade, Wahllokale sind in Tempelhof: Werderstraße, Mariendorf; bei Kranich, Chausseestr. 27 (Telephon: Südring 187), Mariensfeld; bei Jesse, Verliner Str. 114 und Lichtenrade: Gemeindefaule, Moorstr.; Stealitz: bei Thiel, Döppel, Ede Pieler Straße, Wahlzeit nur Sonntag von 9-12 Uhr.
29. Verw.-Bez. Neukölln: 1. bis 4. Bezirk: Wohlaemut, Panierstr. 15; 5. Bezirk: Adelfast, Reichstr. 8; 6. Bezirk: Balke, Weier Str. 42; 7. und 8. Bezirk: Kaffum, Erkr. 8; 9. Bezirk: Adeleris, Annstr. 8; 10. bis 12. Bezirk: Pritzkow, Richardstr. 58; 13. bis 15. und 17. Bezirk: Ziele, Emier Str. 31; 16. bis 20. Bezirk: Härtler, Pring-Dandert-Str. 34; 16. und 21. Bezirk: Günther, Schillerpromenade 11; 22. bis 24. Bezirk: Köber, Karlsgartenstr. 4; Briv: Schröder, Chausseestr. 55; Budow und Rudow: Radewitz, Bahustr. 11.
30. Verw.-Bez. Treptow: Kleihofstr. 18b; Baumhulsenweg; Baumhulsenweg 13; Albershof; Raddestr. 18 bei Schröder; Niederschneeweide: Berliner Str. 23 bei Koch; Oberschneeweide: Wilhelmshofstr. bei Sinberg; Rohan; nischal; Friedrichstr. 6 bei Schreiner; Alt-Glienide: Lokal Klingenberg; Falkenberg; Lokal Meyer.
31. Verw.-Bez. Adenau: Rood, Grünauer Str. 1; Reichardt, Stehling, Döhlwiger Str. 26; Friedrichshagen: Wahlzeit Sonntag 10 bis 1 Uhr bei Vogler, Friedrichstr.; Johndorf: Sonntag 9-12 Uhr im Jugendheim; Grünau: Sonnabend 6 bis 8 Uhr bei Schedoma, Adenauer Str. 22; Mahndorf: Sonnabend 6 bis 9 Uhr bei Roddin, Fürstenwalder Str. 11; Wilhelmshagen: Sonnabend 6-8 Uhr bei Köber, Wilhelmstr. 58; Erkner: Sonnabend 7 bis 9 Uhr bei Schäfer, Kömiger, 57.
32. Verw.-Bez. Rixdors-Stadt: 1. Viertel: Werner, Wühlstr. 39; 2. Viertel: Seipke, Kronprinzenstr. 47; 3. Viertel: Voit, Neue Bahnhofsstr. 2; 4. Viertel: Gärner, Lützowstr. 44; 5. Viertel: Mix, Friedrich-Ede Margaretenstr.; Köhn, Wagner-Ede Hubertusstr.; 6. Viertel: Koh, Möllendorferstr. 106.  
Lichtenberg-Land: Karlshorst: Sonntag 10 bis 1 Uhr im Sport-Restaurant; Buchholz, Dönhofsstraße Ede Westow Allee.
33. Verw.-Bez. Weihensee: 1. Abteilung: Nagel, Lohringer-Ede Straßburgstr.; 2. Abteilung: Kieler Buch, Straßburg-Ede Kronprinzenstr.; 3. Abteilung: Neumann,

# Die Wiener Arbeitsgemeinschaft

Exekutivführung in Frankfurt a. M. am 2. und 3. September 1922

Die Exekutive der IASP, trat am 2. September in Frankfurt am Main zu einer Beratuna zusammen. Anwesend waren: für Deutschland Crispin und Ledebour, für England Wallhead, für Frankreich Brade und Longuet, für Österreich Adler, für Rußland Martow und Schreider, für die Schweiz Grader und Grimm, für die Tschechoslowakei Cermak und für die Vereinigten Staaten von Amerika Loder.

Die Sozialist Partei Amerikas, die ihren Anschluß an die IASP, an ihrer Jahreskonferenz beschlossen hat, entsandte zum ersten Mal Vertreter. Und zwar die Genossen Morris Dilliant, Algernon Lee, Jakob Panten. Der Vorsitzende Ledebour begrüßte die neu eintretende Partei auf das herzlichste. Die Exekutive beschloß vorbehaltlich der Genehmigung der internationalen Konferenz, die Sozialist Partei Amerikas in die IASP aufzunehmen und ihnen zwei Vertreter im Exekutivkomitee einzuräumen. Als diese Vertreter nahmen Dilliant und Lee an den Verhandlungen der Exekutive teil.

In zweitägigen Debatten wurden die Fragen der Internationalen auf das eingehendste besprochen und der Standpunkt der Exekutive in folgenden zwei Resolutionen niedergelegt. Die erste Resolution wurde einstimmig, bei Stimmenthaltung des Genossen Schreider, die zweite Resolution abstimmt mit neun gegen zwei Stimmen und schließlich mit allen Stimmen gegen den Genossen Schreider angenommen.

## I. Resolution über die internationalen Beziehungen

Die Exekutive der IASP, hat die internationalen Beziehungen neuerlich einer eingehenden Prüfung unterzogen und legt den angeschlossenen Parteien ihren Standpunkt ausführlich dar.

An der Spitze des Statuts der IASP, ist festgesetzt: „Die Arbeitsgemeinschaft ist nicht eine das gesamte revolutionäre Proletariat umfassende Internationale, wohl aber das Mittel zur Schaffung einer solchen.“

Die IASP, hat vom Momente ihrer Gründung an stets mit Nachdruck betont, daß sie nicht wie andere internationale Vereinigungen sich den Titel einer Internationalen anmaßt, sondern daß allein eine allumfassende Klassenorganisation des Weltproletariats auf den Ehrennamen „Proletarische Internationale“ Anspruch erheben kann. Sie hat in ihren Leitungen über die Methoden und Organisation des Klassenkampfes“ auf der Wiener Konferenz erklärt:

Das Bedürfnis nach einem gemeinsamen Instrument des gesamten klassenbewußten Proletariats ist ein allgemeines. Dieses Instrument in Form der internationalen Klassenorganisation kann nur das Resultat des geschichtlichen Prozesses sein, der allmählich die Illusionen der einander besetzenden doktrinarischen Gruppen beseitigt und sie zu der Erkenntnis der Notwendigkeit einer Zusammenfassung des ganzen klassenbewußten Proletariats führen wird. Es ist die Aufgabe der engeren Vereinigungen, zu der sich die auf der Wiener Konferenz vertretenen Parteien zusammenzuschließen, das Reife dieser Erkenntnis zu befestigen, ohne sich einer Illusion hierüber hinzugeben, daß dieser Prozeß längere Zeit erfordern kann.

Dieser Prozeß ist auch heute noch nicht abgeschlossen. Er erhält durch die Aufrollung der Frage der Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien Deutschlands einen neuen starken Antrieb. Wie immer man die Bedeutung dieser Einigung einschätzen mag, so können Einigungen in einzelnen Ländern allein noch nicht die Erfüllung der Hauptaufgabe der IASP, auf internationalem Gebiete bringen. Die Notwendigkeit des Weiterwirkens der IASP, und der Aufrechterhaltung ihrer Organisation besteht daher unverändert fort, bis die Bedingungen einer wirklich proletarischen Internationalen erfüllt sein werden. Den der IASP, angeschlossenen Parteien obliegt somit die Pflicht, mit unverminderter Energie im bisherigen Sinne weiterzuarbeiten.

Die IASP, hat im Verlauf von anderthalb Jahren seit der Wiener Konferenz Erfolge erzielt, die unsere Erwartungen übertrafen. Sie hat das Vertrauen immer weiterer Kreise des internationalen Proletariats gewonnen, in immer höherem Maße wurde von auferstehenden Parteien der Welt nach Anschluß an die IASP, getrieben. Wenn die IASP, wieder zu einer Konferenz zusammentritt, wird sie doppelt soviel Länder vertreten, als an der Wiener Konferenz im Jahre 1921, wird sie nicht nur vertreten die proletarischen Parteien in Europa, sondern auch Amerikas.

Dieses Vertrauen verdankt die IASP, der Tatsache, daß sie unerbittlich das große Ziel der Ermöglichung gemeinsamer Aktionen und der Schaffung einer Klassenorganisation des Weltproletariats verfolgt hat.

An Erfüllung ihrer Aufgabe hat die IASP, jede Möglichkeit zu gemeinsamen Aktionen des Weltproletariats ergriffen und mit allen Kräften gefördert. So haben die ihr angeschlossenen Parteien an der Frankfurter Münchener Konferenz im Februar 1922 teilgenommen, um die Reparationsfrage zu klären. So hat ihre Exekutive der Einladung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam) Folge geleistet, um gemeinsam zu wirken für den Schutz der deutschen Republik, so wirken ihre Vertreter mit an der Kommission, die die notwendigen Änderungen, an den sogenannten Friedensverträgen von Versailles usw. feststellen soll. Diese Bemühungen haben zur inneren Verständigung der durch den Krieg auseinandergerissenen Parteien im weitesten Maße beigetragen, wenn sie auch, wie selbstverständlich, noch nicht den Erfolg haben konnten, den Willen des internationalen Proletariats gegenüber den imperialistischen Mächtshebern der Ententestaaten durchzusetzen.

Der Grundgedanke der IASP, seit ihrer Gründung ist, eine Internationale zu schaffen, die keine Richtung des Weltproletariats ausschließt. Von diesem Gesichtspunkt aus hat sie im Januar 1922 den Zeitpunkt für gekommen erachtet, einen ersten Versuch zu unternehmen, um die Arbeiterparteien aller Länder zu einer gemeinsamen Tagung einzuberufen. Sie hatte den großen Erfolg, daß im April 1922 die Exekutiven von London, Moskau und Wien sich in Berlin zu einer Tagung versammelten und auch die außerhalb internationaler Verbindungen stehende Partei Italiens Vertreter entsandte. Damit hatten zum ersten Mal seit dem Ausbruch des Weltkrieges die Vertreter aller Richtungen sich zu gemeinsamen Beratungen vereint. Ein hoffnungsvoller erster Schritt war getan. Bedingungen waren formuliert, unter denen eine Fortsetzung der gemeinsamen Aktion möglich werden sollte.

Die weitere Entwicklung in dieser Richtung ist bekanntlich durch die Haltung der Zweiten Internationale ungenügend erwirkt, durch das Vorzeichen der Dritten Internationale schließlich unmöglich gemacht worden.

Die Exekutive der IASP, hat immer wieder vor den ungeliebten Folgen, die die Verbindung von Todesurteilen im Moskauer Prozeß gegen die Sozialistenrevolutionäre für

die Aufrichtung der proletarischen Internationale haben müßte, gewarnt. Unsere Warnungen wurden nicht gehört, die Todesurteile wurden verhängt und die Barbarei, nach und nach die tiefste Entrüstung an den imperialistischen Kriegsverbrechern gebrandmarkt haben. Die kommunistische Internationale hat trotz ihres Verstoßens diese empörende Barbarei sanktioniert; sie erklärt ihre Solidarität mit dem abgeleiteten System der grausamen Verfolgungen der Sowjetregierung gegen die russischen Sozialisten und die Führer der proletarischen Massenorganisationen. Sie hat durch ihr ganzes Verhalten den Mangel an ehrlichen Willen mit den anderen sozialistischen Parteien als Genossen zusammenzuarbeiten, dokumentiert. Dadurch hat die kommunistische Internationale jede wirkliche praktische Zusammenarbeit der Sozialisten mit den kommunistischen Parteien unmöglich gemacht, solange die letztere nicht ihre zersetzenden und vergiftenden Methoden aufgibt.

Ebenso, wie die Frevler, die in Deutschland im Januar 1919 gegen die revolutionäre Bewegung begangen wurden, jeden Gedanken an Einigung des deutschen Proletariats auf Jahre hinaus unmöglich machten und noch heute die Ueberwindung der Schmerzen der alten Wunden das schwerste Opfer im Dienste der Zusammenfassung der proletarischen Kräfte ist, ebenso fordert es Zeit, bis die Wunden, die Moskau geschlagen, so weit vernarbt sind, daß das Werk der Berliner Konferenz wieder aufgenommen werden kann, und um so mehr Zeit, je länger die Verfolgungen von Sozialisten in Rußland fortgesetzt werden.

Und so entsteht nun die Frage: Können wir mit der organisierten internationalen Aktion warten, bis bei den Kommunisten die Selbstbeurteilung eingeklärt ist und sie für gemeinsame Aktionen reif geworden sind? Sollen wir unsere Aktion einstellen und eine ganz unberechenbare Zeit mit Warten verlieren?

Wir können unser Ziel, die Proletarier aller Richtungen in einer Klassenorganisation zu vereinigen, nicht aufgeben. Wir wissen heute wie früher, daß auch in den Reihen der kommunistischen Internationale viele Genossen sind, die das Ungehörliche, das dort verübt wird, innerlich verurteilen, Genossen, die wert sind, als aufrechte Revolutionäre der proletarischen Internationale der Zukunft anzugehören. Heute aber stehen sie im Vann des Kadavergehorsams Moskaus, heute sind Verhandlungen mit Moskau selbst oder mit Moskau angeschlossenen Parteien vollständig aussichtslos.

Und daher bleibt uns in diesem Moment keine andere Möglichkeit, als den kommunistischen Parteien für die Zukunft die Türe zur Internationalen offen zuhalten, obwohl wir wissen, daß sie heute den Weg zu ihr nicht finden können.

Aber das gesamte übrige Weltproletariat, das in seiner überwältigenden Mehrheit nicht im Vann der Moskauer Sekte steht, kann sich durch die verhängnisvollen Irrtümer einzelner Gruppen von seinen Aufgaben nicht abhalten lassen.

Wir wollen den Arbeiterweltkongress mit der Moskauer Internationale. Das Vorhaben ist abgelehnt. Moskau selbst hat einen solchen Kongress unmöglich gemacht. Der Kongress muß aber sein, er ist ein dringendes und immer dringenderes Bedürfnis des gesamten Weltproletariats. Die ökonomische und politische Lage verschärft sich immer mehr. Die Schaffung eines internationalen Aktionszentrums muß so rasch als möglich verwirklicht werden, wenn die Proletarier aller Länder nicht mehr als den Verhängnis der imperialistischen Machtpolitik ausgeliefert werden sollen. Das Exekutivkomitee der IASP, ist daher der Auffassung, daß es die Aufgabe des internationalen Arbeiterkongresses sein wird, zu wichtigen Tagesfragen Stellung zu nehmen und in einem Aktionskomitee das Organ zu schaffen, das für die Ausführung seiner Beschlüsse zu sorgen haben wird, bis die Bedingungen gegeben sind, die selbständigen internationalen Verbände zu einer vereinigten Internationale zu verbinden.

Das Exekutivkomitee fordert daher die angeschlossenen Parteien auf, unverzüglich alle diese Fragen zu prüfen, es beauftragt sein Büro, in dem darauffolgenden Sinne zu wirken und über die Ergebnisse seiner Tätigkeit so rasch wie möglich einer Sitzung des erweiterten Exekutivkomitees zu berichten.

Diese Sitzung des erweiterten Exekutivkomitees wird auch entscheiden, ob soaleich eine Konferenz aller der IASP, angeschlossenen Parteien einberufen werden muß, oder ob es genügt, diese Konferenz unmittelbar vor dem Arbeiter-Weltkongress stattfinden zu lassen.

## II. Resolution zur Verschmelzung der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands

Am Februar 1921 hat die Wiener Konferenz der IASP, folgenden Aufruf an die Arbeiter und Sozialisten aller Länder gerichtet:

„Die internationale sozialistische Konferenz in Wien ruft alle Arbeiter zur Einigkeit der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Ländern und in der Internationale auf. Sie ist entschlossen, auf der Grundlage der von ihr gefassten Beschlüsse und Resolutionen mit allem Nachdruck für die Verwirklichung dieser Einigkeit zu arbeiten. Sie fordert die Sozialisten aller Länder auf, ihre Bemühungen zu unterstützen, indem sie sich in tatkräftiger Weise um die Herstellung einer revolutionären proletarischen Einheitsfront gegen den Kapitalismus und Imperialismus sowohl in ihrem eigenen Lande, als auch im Schoße der internationalen Klassenorganisation bemühen.“

In Deutschland beginnt dieser Einigungsprozeß mit der voraussetzlichen Verschmelzung der beiden sozialdemokratischen Parteien. Dabei ist das Problem der Internationalen von größter Bedeutung. Auf die Dauer kann weder die deutsche Arbeiterklasse ohne internationale Verbindung sein, noch ist eine internationale Verbindung denkbar ohne die Wirkungen des deutschen Proletariats. Wir erwarten, daß die Genossen der IASP, sich in ihren Verhandlungen auf den Boden der vollen Gleichberechtigung der sich verschmelzenden Parteien gegenüber den beiden internationalen Verbänden stellen werden, daß ihre Anhänger auch weiterhin für die Prinzipien, die auf der Wiener Internationalen Konferenz im Februar 1921 aufgestellt wurden, wirken können und daß in internationaler Beziehung den Mitgliebern der IASP, kein Opfer auferlegt wird, was nicht gleichermaßen die Mitgließer der anderen Partei bringen.

Die Exekutive der IASP, erwartet, daß ihre Mitglieder aus Deutschland ihr bei der nächsten Sitzung ausführlichen Bericht erhiteten werden.“

Genosse Ledebour teilt in Ergänzung dieses Berichtes mit, daß er am Abend des 2. September abreisen mußte und deshalb an der endgültigen Beschlusfassung über die Resolutionen nicht teilnehmen konnte. Er würde jedenfalls dagegen gestimmt haben.

Charlottenburger-Ede Roedelstr. 4. Abteilung: Jädel, Berliner Allee 27; 5. Abteilung: Grüner Baum, Berliner Allee; Gohenschönhausen bei Marquardt, Berliner Str. 83, Ede Luisenpark.

19. Verw.-Bez. Altfa. Panlow: Sonnberger in der Wolfenbüttelstr.; Griffl, Kaiser-Friedrich-Str.; Vaber, Mühlentstr.

20. Verw.-Bez. Reinickendorf: Seebad Jugendhalle; West: Volkshaus, Schanzenweg 114; Vorkauwalde-Wittenau: Lokal Volkshaus, Vorkauwalde, Ernststr. 1; Kosenhal: Fries, Linden-Allee 30; Weidmannsdorf: Dreißig, Weidmannsdorf, Ede Dierbachstr.; Hermsdorf: Lokal Bahnhofsstr. Ede Berliner Str.



Der Tag des Gerichtes

Von Jules Michelet.

In der Einleitung zu seinem klassischen Werke „Die französische Revolution“ gibt der große Geschichtsschreiber Jules Michelet unter dem Titel „Die Religion des Mittelalters“ eine Darstellung der geistigen Verhältnisse, die die Revolution vorbereiteten. Wir lassen einen der interessantesten Abschnitte daraus folgen.

Wer in Gebirgen gereist ist, der hat vielleicht auch schon gesehen, was mir einmal auffiel.

In einer wirtgebrännten Anhängung von Felsen, inmitten einer reich mit Bäumen und Grün besäumten Umgebung, erhob sich eine ungeheure Spitze, Dieser Einsiedler, schwarz und laß, entflammte ganz offenbar den Tiefen, Eingeweiden des Erdballes. Kein Grün machte ihn gefälliger, keine Johrzeit veränderte ihn; kaum setzte sich ein Vogel darauf, als fürchte er die Fägel zu verbröckeln, wenn er diese, dem Zentralfener entwischene Masse berührte. Dieser düstere Zeuge der Qualen im Inneren der Welt schien noch davon zu träumen, ohne dem, was ihn umgab, die geringste Aufmerksamkeit zu schenken, ohne sich jemals aus seiner ungeselligen Melancholie ablenken zu lassen.

Welches waren denn die unterirdischen Revolutionen, welche unberechenbaren Gewalten bekämpften sich im Schoße der Erde, damit diese Masse, die Berge aufwühlend, die Gesteine durchbrechend, die Marmorblöcke spaltend, bis zur Oberfläche emporstieigen konnte! . . . Welche Judungen, welche Marter entziffen dem Innersten des Erdballs diesen ungeheuren Seufzer!

Ich setzte mich, und aus meinen verschleierte Augen begannen Tränen zu tropfen, langsam, schmerzlich, eine nach der anderen. Die Natur hatte mich allzusehr an die Geschichte erinnert. Dieses Chaos angelegener Berge lastete auf mir mit demselben Gewicht, das während des ganzen Mittelalters auf dem Herzen der Menschen wucherte, und in der trostlosen Spitze, welche die Erde vom Grunde ihrer Eingeweide gen Himmel schleuderte, fand ich die Verzweiflung und den Schrei des Menschengeschlechtes wieder.

Daß die Gerechtigkeit tausend Jahre dieses Gebirge des Dogmas auf dem Herzen getragen hat, daß sie in dieser Zermalmung die Stunden, die Tage, die Jahre gezählt hat, die langen Jahre. . . Das ist für den Wissenden eine Quelle ewiger Tränen. Wer durch die Geschichte an dieser langen Qual teilnimmt, vergißt sie niemals ganz; und wenn es ihm gelingt, bleibt er doch traurig; die Sonne, die Fröhlichkeit der Welt, kann ihm keine Freude mehr geben; er hat allzulange in Trauer und Dunkelheit gelebt.

Was mir das Herz durchbohrt hat, das ist die lange Entlosgung, die Mühe, die Geduld, das ist die Mühe, die sich die Menschheit machte, diese Welt des Hasses und des Fluches, mit denen man sich bedeck, zu lieben.

Als der Mensch, der sich der Freiheit begeben, der Gerechtigkeit wie eines unnützen Gegenstandes sich entäußert hatte, um sich blind den Händen der Gnade anzuvertrauen, sah, wie diese sich auf einem nicht wahrnehmbaren Punkt sammelte, auf die Vorzugten, die Auserwählten, und das alles überne auf der Erde und unter der Erde verloren war, für ewig verloren, da erhob sich, sollte man glauben, überall ein lästernes Gesehul! — Rein, nur ein Seufzer gab es. . .

Und rührende Worte: „Wenn es dir gefällt, daß ich verdammt werde, so geschehe dein Wille, o Herr!“

Und sie hüllten sich friedlich, unterwürfig, entsagend in das Leichentuch der Verdammung.

Eine ernste, des Gedankens werthe Sache, welche die Theologie niemals vorausgesehen hätte. Sie lehrte, daß die Verdammten nur hoffen könnten. Aber diese liebten noch. Die Verstorbenen lästern sich darin, die Auserwählten, ihre

Herren, zu lieben. Der Priester, der Herr, diese vom Himmel vorgezogenen Kinder, sanden Jahrhunderte hindurch nur Milde, Gelehrigkeit, Liebe und Vertrauen bei dem demütigen Volke. Es diente, litt still; wenn es getreten wurde, dankte es noch; es verflüchtete sich nicht mit seinen Lippen, wie der heilige Mann Gottes, Hiob.

Wer bewahrte es vor dem Tode? Nur ein einziges, das muß gefagt werden, belebte und erfrischte den Kranken in seiner langen Qual. Die erkanntlich: Milde des Herzens, die er sich bewahrte, brachte ihm Glück; aus dem gebrochenen aber so guten Herzen entsprang ein lebendiger Quell lebenswürdiger, zarter Phantasie, eine flutende Welle der Volksreligion gegen die Trockenheit der anderen. Geiränt in diesen fruchtbaren Wassern, blühte die Legende, wuchs auf und beschattete das Unglück mit ihren mitleidigen Blumen. Blumen der Heimaterde, Blumen des Vaterlandes, ihr bedeckte ein wenig die unsichtbare byzantinische Metaphysik und die Theologie des Todes und liehet sie bisweilen vergessen.

Tennoch war der Tod unter diesen Blumen. Der Schutzherr, der gute Heilige des Ortes, war nicht genug, seinen Schützling gegen ein Dogma des Schreckens zu verteidigen. Der Teufel konnte es kaum abwarten, daß der Mensch verschied, und er ihn pachte. Er war auch im Leben um ihn. Er war der Herr der Welt, der Mensch sein Gegenstand und sein Leben. Das wird nur allzu offenbar in der sozialen Ordnung der Zeit. Welch eine beständige Anfechtung, zu zweifeln und zu verzweifeln! . . . Die Ansehlichkeit hier unten mit all ihrem Glanz wäre der Anfang, der Vorgesmack der ewigen Verdammung. Hierin ein Leben der Qual, dann als Trost der Hölle. . . . Von vorurtheil verdammt! . . . Warum dann diese Komödien vom Beligericht, die man auf den Vorplätzen der Kirche geacht! Ruh der nicht un-menschliches erdulden in Ungewißheit, in fürchterlicher Angst immer über einem Abgrund schwebend, der noch vor der Ge-

burt dem Abgrund zugesprochen ist, ihm geschuldet wird und angehört!

Vor der Geburt! . . . Das Kind, das unschuldige, eigens für die Hölle erschaffen! Aber was sage ich, das unschuldige? Das ist das Schreckliche dieses Systems, es gibt keine Unschuld mehr.

Ich weiß es nicht, aber ich behaupte kühn, ohne Zaudern: Das war der unlösliche Knoten, wo die Menschenseele anhielt, wo die Geduld wankte. . . .

Das Kind verdammt! Ich habe an anderer Stelle auf diese tiefe, schauerliche Wunde im Mutterherzen hingewiesen. . . . Ich habe sie gezeigt und dann den Schleier wieder darauf gedeckt. Wer sie untersuchen würde, sünde viel mehr darin, als die Schrecken des Todes.

Von daher, das dürft ihr glauben, drang der erste Seufzer . . . des Protestes? Keineswegs. . . . Und dennoch, dem Herzen unbewußt, dem er ernstlich, war ein fürchterliches „Aber“ in diesem demütigen, diesem gedrückten, diesem schmerzlichen Seufzer.

So gedrückt, aber so zerreißend! Der Mann, der ihn in der Nacht hörte, schlief nicht in dieser Nacht und in vielen anderen auch nicht. Und morgens, vor Tagesanbruch, ging er auf seinen Acker; und dann er da viele Dinge verändert. Das Tal und das Feld waren niedriger, viel niedriger, tief wie ein Grab; und höher, düsterer, schwerer die beiden Lärme am Horizont, düster der Glockenturm der Kirche, düster der feudale Schloßthurm. . . . Und er begann auch die Stimmen der beiden Glocken zu verstehen. Die Kirche läutete: „Jammern“. Der Schloßthurm läutete: „Ankermals“. Aber zu gleicher Zeit sprach lautere eine starke Stimme in seinem Herzen. . . . Diese Stimme sagte „eines Tages“! Und das war die Stimme Gottes!

„Eines Tages“ wird diese Gerechtigkeit wiederkehren! Sah nur die richtigen Glocken in den Wind schweben. . . . Nengstige dich nicht über deinen Zweifel. Dieser Zweifel ist schon Glaube. Glaube, hoffe; das späte Recht wird kommen, es wird thronen und richten, im Dogma und in der Welt. . . . Und die e r Tag des Gerichtes wird heißen: die Revolution.

Das Elend

Aus „Promethidenos“

von Gerhart Hauptmann.

„Das Elend greift in jeden Menschenhaufen und faßt mit kreischen Kind und Mann und Greis: Den treibt's zum Hängen, Jenen zum Erzaufen, Den wirft es lachend in des Lasters Kreis, Und wo es schritt, da liegen sie am Wege, Von Ungeziefer und von Schmutz beschwert, In dumpfig, kotigem Gehege; Da sie und da die schwarze Pest durchfährt.“

Was Augen hier sich zaghaft nicht verschließen, Ihr Recht bezweifelnd an dem Gottgenuß, Wenn hier die Tränen nicht vom Auge fließen, Wenn er empfängt der Schönheit holden Gruß, Undes zu fassen ihm in tausend Qualen Die Menschheit lallend sich und ätzend krümmt Und von den reichgefüllten Schönheitsgefäßen Nicht eine Gabe sich hinunternimmt; Was Busen hier, in eigennütigen Freuden Vergebend, nicht des Jammers Stimme hört. — Wenn hier ein mächt'ger breiter Strom der Leiden Nicht seines Freudenreises Spiegel stört — Der ist nicht wert, den Himmel zu empfangen, Dem sei vergällt der schmähliche Genuss, Dem hemmen tausend Sella, tausend Jangen Erbarmungslos den Luftbegiergen Fuß!“

Lebende Tuberkelbazillen als Heilmittel

Als letzte Hoffnung auf dem Gebiet der spezifischen Heilbehandlung der Tuberkulose galt immer noch die Behandlung mit lebenden Tuberkelbazillen von Mensch oder Kind. Das Alt-Tuberkulin hat sich im Laufe der Jahre eine feste Stellung in der Behandlung der Tuberkulose erworben, und in geeigneten Fällen wird es sicher eine klinische Heilung herbeiführen können; als das Heilmittel wird es aber selten von dem wärmsten Anhänger bezeichnet werden können. Dabei das Bestreben, immer wieder neue Tuberkulinpräparate ausfindig zu machen. Die mehrfach versuchte Anwendung lebender Tuberkelbazillen beim Menschen bietet nun nach einer Untersuchung des Königsberger Professors H. Seltzer, die er in der neun „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ veröffentlicht, nicht die Aussicht, die spezifische Therapie der Tuberkulose weiter auszubauen. Für Seltzer ist, wie er berichtet, die Frage entschieden, daß auch lebende Tuberkelbazillen nur durch das in ihnen enthaltene Tuberkulin wirken und daß die lebenden Tuberkelbazillen, welche einem tuberkulösen infizierten Körper unter der Haut in nicht zu großen Mengen eingespritzt werden, keine andere Funktion ausüben. Sie werden im Körper langsam abgetötet und abgebaut; bei kleineren Mengen scheidet dies, abgesehen von der Tuberkulinwirkung, ohn- weiere sichtbare Reaktion aus. Bei größeren Mengen wirkt das Proteolysat der Tuberkelbazillen als Fremdkörper reizend und rüht zu Infiltrationen und Abszessen Veranlassung. Sie vermögen nach Seltzers Untersuchungen nicht im tuberkulosekranken Körper die vorhandene Immunität zu heuern. Schädigungen der Patienten wurden nicht beobachtet.

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(42. Fortsetzung.)

Und unterwegs fragte er:

„Wie wird's zu Herbst, wenn du fertig bist?“

„Ach,“ sagte der Philipp, „seien Sie mir still — wie wird's? Die Mutter hängt an ihrem Schullehrer — ich häng an gar nichts Bestimmtem — die Universität kostet viel Geld — die Mutter ist auch alt — ich glaub, ich muß mich für's Verdienen entscheiden. Ich wär geschickter Ziegler geworden — dann wüßt ich nicht weiter. Aber so wird das ein verfahrener Karrer.“

„Hm, hm.“

Dann gingen sie nebeneinander her und sprachen nichts.

„Ein verfahrener Karrer“ — sagte der Schlüssel wie als Schlupfay einer langen Gedankenkette — „ist auch nicht schlechter wie einer, der auf der breiten Chaussee läuft — es wird ihm nur schwerer — und er kann auch dabei drausgehen. Aber was willst du — geht's uns allen anders? Man braucht viel Wagen, die nebenhinaus fahren, bis man den richtigen bauen kann, der wieder geradeaus fährt.“

„Ach, seien Sie mir still. Ich danke!“

„Du dankst? Danach wird nicht gefragt. Das ist's ja gerade, daß danach nicht gefragt wird. Was man am wenigsten will, das muß man am ersten.“

„Dann hätt ich einfach Ziegler werden können.“

„Gewiß — und es wär dir eines Tages gerad so gegangen. Wen's herauströhen will, den holt's heraus — ob aus der Kettenhaut oder dem Himmelbit. Eure ganze Schulweisheit ist doch arg kurzbeinig. Sie reicht gerade bis zur Krippe aus. Es sollt mir aber um dich leid tun, wenn du für nichts anderes da wärst, als für die Krippe. Uebrigens — wenn du von meinen Büchern haben willst — du kannst kommen und dir heransuchen.“

„Natürlich will ich.“

„Sie werden dir aber schlecht in den Kram passen. Sie sind nämlich nicht aus deiner warmen Schulbehaglichkeit — sie sind aus dem Kampf.“

Der Schlüssel sah ihn lächelnd an.

„Wir kommen jetzt vom Friedhof. Wenn's keine Tote gäb, könnt's auch keine Lebendige geben. Glaubst du mir das?“

Dann gingen die beiden von einander.

„Du hättst dem armen Lukas auch einen Kranz kaufen können,“ sagte die Mutter.

„Ja, hätt ich können — aber die Obstbäume, die der Lukas gepflanzt hat, die sind sein Kranz — so schön hätt ich doch keinen finden können.“

Mutter und Sohn waren ein wenig gespannt und sprachen in letzter Zeit nur gereizt mit einander. Es war wegen des Berufs, den der Philipp ergreifen sollte. Er wollte weiter studieren — sie wollte es nicht leiden. Er müsse jetzt verdienen, sie habe genug getan. Und sie könne kein Geld mehr ausbringen.

Jeden Tag gab es eine Szene.

Im Programm des Gymnasiums stand in der Liste der Abiturienten, daß der Philipp Mediziner werden wollte. Er hatte es so angegeben.

Die Mutter gab's nicht zu.

Das Abiturientenexamen ging vorbei. Der Philipp bestand's. Es war kein groß Kunststück. In Latein und Griechisch blieb er immer ein bißchen schwächer — es fehlte die breite Vorkurs — aber dafür sah das andere um so sicherer. Aber unter „genügend“ kam er nicht. Er gehörte zu den Besseren und hatte so viel zu kompensieren, daß er mit der Gesamtnote „gut“ abging.

Nun stand er geradezu lächerlich in der Welt. Er schämte sich. Und bei jeder Gelegenheit sagte er: „Wär ich doch lieber Ziegler geworden!“

Es war ja zu dumm. Jetzt Schullehrer werden. Aber die Mutter gab nicht nach. Es war ja kein böser Wille von ihr. Hier hatte ihr Begreifen eine Grenze. Und sie hatte ja auch darin recht: die Mittel fehlten. Ja noch mehr: er mußte verdienen.

Anrücken und weinen, bitten und planen — im Stübchen den Kopf in der Hand — draußen im Felde wie ein Verzweifelter — die phantastischen Ideen — die tausend schönen Wenn — es half nichts.

Er hatte jetzt eine Fessel am Fuße.

In Jörn und verzweifelter Gleichgültigkeit, mit den ärgsten Verwünschungen, fluchend und weiternd, setzte er sich eines Tages hin, schrieb an das Mini-

sterium und stellte sich ihm für den Schuldienst zur Verfügung.

Kein Buch sah er mehr an. Draußen im Felde lungerte er herum. Und wenn er gar keinen Ausweg mehr wußte, ging er hin und trank.

Er machte andere Pläne — Kaufmann — sonst etwas. Rein. Das war ihm alles auch nicht recht.

Die Welt hätte er kurz und klein schmeißen mögen. Im März traf das Dekret ein.

Er war in ein kleines Landstädtchen an eine Bürger-schule berufen.

Er warf das Dekret auf die Erde. Die Mutter war glücklich. Er würgte nun alles hinunter. Ein Gefühl für die Mutter kam obenans in ihm. Ihr jetzt nicht wehe tun — der armen Frau. Sie hätt so treu geforgt. Sie würde es als Undank empfinden. Drein geben! Sie hätte ihn ja einfach können in die Ziegelei gehen lassen. Sie hat so viel mehr getan. Sie hat's zu seinem Guten und Besten getan. Und sie hat mehr getan, als sonst eine Mutter tut. Er mußte nicht zu viel verlangen. Was konnte sie dafür, daß ihm die Welt nun weiter offen war. Davon wußte sie nichts. Für sie war die Welt ihm auch nur so weit offen, als ihr. Und wenn er unter sich sah — er war doch höher gekommen.

Ja, er war doch höher gekommen. Von zu Hause aus war er ja nur ein armer Zieglerbub. . . .

So gab er sich drein.

Es war immerhin keine gewöhnliche Volksschule, wo er lehren sollte. Es war doch etwas. Wie konnte er alles haben wollen!

Die Leute sahen ihn groß an. Man war jetzt stolz auf ihn. Er gehörte zu denen im Dorf, aus denen etwas geworden. Sie hätten's nie gedacht.

„Man muß die Sonne nehmen, wo sie herkommt — und nit, woher man sie möcht,“ sagte die Mutter.

Und die Emilie sagte: „Ich gratuliere Ihnen, Herr Kaiser — und ich will es gleich dem Franz schreiben, daß Sie eine Stelle haben.“

Da tat ihm das Herz weh.

Er verbeugte sich sehr förmlich vor ihr.

Und er schämte sich — oh, er schämte sich so sehr. Er schämte sich, daß die anderen alle so stolz auf ihn waren.

(Fortsetzung folgt.)



# Nutze dein Herdfeuer!

**Gulasch, richtig zubereitet.**

Stets zu Appetit verleitet.  
Wichtig ist bei diesem Essen.  
Das Gewürz nicht zu vergessen!  
Denke ebenfalls daran,  
Wie man praktisch waschen\*) kann!

\*) Persil, das selbsttätige Waschmittel, reinigt und bleicht die Wäsche in einmaligem kurzen Kochen und bringt durch die Vereinigung von Essenzubereitung und Waschen größte Ersparnis an Zeit und Kohlen.



# GARDINEN

in dieser Woche

## noch zu sehr billigen Preisen

zum Verkauf gelangen:

Künstlergardinen	750, 800, 1050
Lang- und Halbstores	590, 950, 1095
Bettdecken	695, 850, 975
Gardinstoffe	110, 135, 150

Grosse Posten Klüppel-, Handliliet-Stores und -Bettdecken  
bunte Madrasstoffe, Etamine, Kongresse, Zuggardinen, Tischdecken, Diwandecken, Messingstangen usw. sehr preiswert.

## Gardinen-Spezialhaus Ch. Herzig, Gormannstrasse 1

II Etage, Ecke Rosenthaler u. Weinmeisterstr., n. Stadtbahn, Böse

Vertragslieferant des Beamten-Wirtschafts-Vereins

Augenprüfung und Gläserbestimmung jederzeit kostenfrei.



25000 bar für ein Wort oder einen Satz. Näheres gratis Potsdamerstr. 134a

Wollen Sie ebenso gut sehen und aussehen, dann holen Sie sich heute noch einen patentierten

## Lohmann-Kneifer

in der alleinigen Verkaufsstelle Groß-Berlins  
**Potsdamer Str. 134a**

Man verlange Prospekt 7 kostenfrei.

Theatergläser, Feldstecher von Zeiss, Busch, Götz zu Original-Fabrikpreisen.

Export-Lager

## Damen sparen Geld

Einzelverkauf  
● Neue Winter-Konfektion ●

Sealsoldenglück-Mäntel - Farbige Fließkleid-Mäntel  
jetzt noch zu sehr billigen Preisen

Flausch	6600 6600 975	Kostüme	4750 2800 850
Backfisch	4000 850 1350	Woll-Jacken	7500 3600
Affenhaut	3600 2400 4500	Woll-Strickjacken	2800 1000
Krimmer	8500 8500 4800	Kindermäntel	1250 850 500

Spezialität: extra weiche und längere Damenmäntel für starke u. große Damen

M. Moczysz, Landsberger Str. 59 am Alexanderplatz, i. Treppe, Berlin C.  
Sonnabends und Sonntags geschlossen.

Export-Lager

## Möbelfabrik Rob. Seelisch

Berlin O 112, Rigauer Str. 71-73a, 5 Min. vom Bf. Frankfurter Allee

empfiehlt zu bekannt billigen Preisen bei solider Ausführung.

Gegründet 1876

Komplette  
Schlafzimmer  
Speisezimmer  
Herrenzimmer  
einfachen und besseren Genres

**Küchen** farbig und naturplattiert in allen Preislagen

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenfrei lagern

### Werbt für unser Blatt!

**Achtung!!!**  
Lumpen, Knochen, Flaschen, Zeitungspapier und Altmetalle kauft zu den höchsten Tagespreisen.  
Güntzler Str. 89

Vorzügliche Küche, wohlgepflegte Biere bei Musik u. Gesang

bietet das

Heim d. Berliner Arbeiterschaft  
„Gewerkschaftshaus“  
Engel-Ufer 25

+ Homöopath. Inst. Kries +  
Nachweislich erfolgreiche glückliche Kur ohne Disziplinierung  
Spez. Haut, Nerv, Prostata u. Frauenleiden

Berlin, Kottbuscherstr. 41  
25 Min. Straßenbahn ab Alexanderpl.  
Sprechz. 10-1, 4-8, Sonnt. 10-1, Näbige Konz. Freit. u. Sprechz. Tel. Lichtg. 1429  
Auskunft u. Broschüre 5 M. Porto.

Für Vereine und Gewerkschaften  
Sonnabend im Okt. u. Nov. Sale frei  
800-100 Pers. Köstbank, Große Frankfurter Straße 117.

Platin-, Gold- u. Silberbruch  
Zahngelbte, Uhren, Ketten, Ringe sowie Altmetalle kauft zu sämtl. Engrospreisen

Roseneck, Berlin O.,  
Schreiberstraße 32 (Laden)  
1-Min. v. Bf. Frankf. Allee, Faargeldverg., Gr. Absatz, I. Händler.

**Metzner**  
Kinderwagen-Wellhaus

Detail-Setzungen, Kinder- u. Korbmöbel, Korbwagen, Rummelzüge, Puppenwagen, Alle Kinder-Fahrzeuge

Größte Auswahl-Berlins.  
Andreasstr. 23, Andreasplatz  
Brunnenstr. 85, Boussestr. 67  
Lützowstr. 84, Neptunstr. 137  
Spandau, Charlottenstr. 24a.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehend

## Trauringe

1 Ring Dukategold - von M. 1350.- an  
1 Ring 585 gestempelt von M. 1000.- an  
1 Ring 333 gestempelt von M. 650.- an

H. Wiese, Juweller, Berlin N. Artilleriestr. 30, Berlin W. Passauer Str. 12.

Ausführliche Preisliste nach außerhalb gegen Rückporto  
Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt  
Telegramm-Adresse: Trauringe-König Berlin

Jeder Parteigenosse! muß es sich zur Pflicht machen, einen Abonnenten zu gewinnen.

Ausneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Unterzeichneter bestellt hiermit vom  
1 Exemplar der einmal täglich erscheinenden Zeitung

## „Freiheit“

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands mit den Unterhaltungsbeil. „Freie Welt“, „Frauenwelt“ u. „Jugend-Genosse“ zum Preise von monatlich 150.-, halbjährlich 75.- Mk. bei freier Zustellung ins Haus.

Unter Streifenband bezogen in Deutschland für Monat September 190.-, für das übrige Ausland 220.- Mk.

Name: \_\_\_\_\_  
Ort: \_\_\_\_\_ Straße: \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_  
(Name deutlich schreiben, Adresse genau ausfüllen: vora, Hof, Stf., Gasse)

Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin NW, Kronprinzen-Ufer 27, 1 im Kuvert als Drucksache, mit 50 Pfg. frankiert, einzusenden.

## „Arbeiter-Sport“

Wochenschrift zur Förderung der Sportbewegung in Arbeiterkreisen, Publikationsorgan des Kartellverbandes Groß-Berlin und des I. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes.

Der „Arbeiter-Sport“ vertritt die Interessen des revolutionären Arbeitersportlers. Er will nicht nur Sportzeitung, sondern gleichzeitig auch Kampforigan sein. Der „Arbeiter-Sport“ wirkt in dem Bewusstsein, daß der Arbeitersportler ein tätiges Mitglied der proletarischen Kampferschar sein muß. Der „Arbeiter-Sport“ wendet sich gegen alle bürgerlichen Sportorganisationen und gegen die, die durch Neutralitätsbestrebungen des Sportes zur Verflüchtung des politischen Kampfes die Hand reichen. Er fördert den Sport, dessen Wahlspruch lautet:

„Unsere Aufgabe ist, dem revolutionären Proletariat an Körper und Geist gestählte Kämpfer heranzubilden.“

Jeder klassenbewußte Arbeitersportler liest den „Arbeiter-Sport“. Er ist das einzige Organ, welches seine Interessen wahrnimmt.

Verlag des „Arbeiter-Sport“  
Berlin SO 10, Köpenicker Straße 108.

Sieben erschienen!

Walter Eschbach:  
**Proletarisches Kinderelend**

Geführt von  
**Luisa Zielz**

Mit 17 Bildern nach Photographien  
Preis 40.- Mark

Buchhandlung Freiheit,  
Berlin SW, Urbanstrasse 7

Teilzahlung!

Garderobe für Damen, Herren u. Burschen sehr preiswert infolge groß alt. Lagerbestände bei bequemen Ratenzahlungen

H. Tyra & Co.,  
Berlin, Dönhofsstr. 20

In den nächsten Tagen erscheint

Dr. O. Hauser  
Dort wo der  
**MENSCHHEIT**  
**WIEGE**  
stand!



Preis gut kartoniert 50 Mark, gebunden 70 Mark.

Buchhandlung „Freiheit“  
Berlin SW 61  
Urbanstraße 7.

Weinberger Schuh-Fabrik Brunnenstr. 25

Detail-Verkauf von Damen- und Herren-Stiefeln und -Schuhen zu Fabrikpreisen



### Mein ausgelöster Mantel

Eine Katastrophe

Als ich im Frühjahr des herrlichen Jahres 1922 tiefberührt und sorgenschwer meine Mantel auf die Pfandleihe schleppte, grübelte ich angestrengt darüber nach, wie ich es wohl im Herbst anstellen würde, sie wieder auszulösen. Sie gehörte ja nicht mehr zu den neuesten, die legendre Kälteschützerin, aber ich habe schon schlechtere gesehen, und als Literat ist ja mein Vertrauen so groß, daß jedermann weiß: der Mann ist Literat, und Dichter und Denker sehen bekanntlich nicht auf den Mantel, sondern nur auf das Geistige. (Keine geistigen Getränke, bitte sehr!) Aber um die Geschichte zu fördern: Der Herbst ist gekommen, die Bäume haben ausgeblüht, und mit oder ohne Lust, mit oder ohne Sorgen, man bleibt zu Hause, Emanuel Geibels Mailied verändert sich!

Man bleibt aber nicht zu Hause, wenn man ein Mantel auszulösen hat. Und da muß ich sagen: Ich bin — außer den Hörsenjobbern — einer der wenigen Deutschen, denen die Dollarkrise keine Unruhe gebracht hat. Damals, im wunderschönen Monat Mai, als alle Knospen sprangen, hatte ich eine nicht eben erdrückende hohe Summe ausgezahlt bekommen, denn der Herr Pfandleiher in der Neuen Königstraße krächte verächtlich, als ich mein angeschimmertes Kleidungsstück vorwies, und nur meinem abgemagerten Exterieur war es geblüht, ihm einige Scheine zu entlocken. Im September genügt selbst die nicht erschütternden Erhöhungen meiner Zeilenhonorare, um die mantelbefreiende Summe verhältnismäßig gering erscheinen zu lassen.

Ich, stolz erhobenen Hauptes wie der Großalmosener des königlich spanischen Hofes, selzte also los. Mit dem Siegesbewußtsein eines Hindürm-Ludendorff zahlte ich, und als ein Mann, der weiß, was er geleistet hat, verließ ich die Stätte des Grauens, deren unerfüllter Wosoch eben mein Geld verschlungen hatte. O wehevoller Augenblick! Ich fühlte die Blicke der Vorübergehenden, mein Mantel mußte jedes Auge mit tödlicher Sicherheit auf sich ziehen, und ich spürte förmlich, wie man ringsum dachte: „Vornehm und stattlich sieht dieser Mann aus, und einen sehr schicken Mantel hat er.“

Was das Beste war: Ich hatte noch einen Schein übrig behalten, einen ganzen, um seinen Pfennig noch unter abgerundeten Hunderten! Der mußte, zur Hälfte zum Mindesten, in vier angelegt werden. Mit Sturmschritten eilte ich in die Stompe. Jeder Sieg muß gefeiert werden! Das war in der „großen Zeit“ ja genau so. Flaggen heraus! Und ist die Befreiung auch noch so schwach, es muß illuminiert werden.

Ich hatte mich warm gelaufen, mein Mantel hing, ein Schmuckstück des ganzen Volaks, am Garderobenhänder. Nach zehn Minuten war er weg. Spur- und restlos verschwunden.

Im Anfang war ich untröstlich und bitte die Leserinnen und Leser von Herzen, nicht wiederum der Wunde unneumbor-schmerzliches Gefühl zu wecken.

Der Mantel fiel. Soll auch der Herzog fallen? Nein! Eine Lehre hab' ich und eine Danksagung: Erstens bin ich Abstinenzler geworden, und zweitens schmeichle ich mir in der Erwartung, daß, wer von meinem Schicksalsschlage erfährt, eine Sammlung für einen neuen Mantel schnelligt „tätigen“ wird. (Zurzeit wird ja alles „getätigt“.) Ich selbst kann mir bei den heutigen Preisen in der Tat keinen kaufen! Teoderich Neumond.

Die nächste Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Dienstag, den 12. d. Mts., beginnt pünktlich um 4 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Anträge über die

Bekämpfung der Teuerung und die Beratung der Dringlichkeitsvorlagen des Magistrats. Dieser außerordentlichen Sitzung wird dann eine ordentliche am nächsten Donnerstag, den 14. d. Mts., mit einer ausgedehnten Tagesordnung folgen. Wegen der Parteilagung der SPD. und USPD. sollen in der letzten Woche des laufenden Monats die Sitzungen der Stadtverordneten-Versammlungen und Ausschüsse fortfallen.

### Der Wassersportplatz Plöhensee in Gefahr

Der am Plöhensee gelegene Wassersportplatz, der gleichzeitig in den größten Freibädern Berlins gehört und sich trotz kurzen Bestehens allgemeiner Beliebtheit erfreut, ist durch ein tolles Bürokratenstücklein in Gefahr geraten, mit Abschluß der Sommerferien seinen Betrieb einstellen zu müssen. Die Anlage ist die erste Schöpfung aus dem Fonds „Park und Spiele“ und hat wegen ihrer vorzüglichen Lage und Eignung für Luft-, Sonnen- und Wasserbäder den Beifall aller Behörden und daran interessierter Kreise gefunden. Trotz des unangünstigen Sommers und erst recht spät erfolgter Eröffnung der Anlage, hat sie die größte Besucherzahl von allen Freibädern aufzuweisen. Die Besucher sehen sich hauptsächlich aus den Kreisen der wertvollen Bevölkerung von Wedding und Moabit zusammen, da es dieser möglich ist, ohne Fahrgehabaufwendungen diese Anlage zu benutzen. Mehr noch als in anderen Freibädern sind die schulpflichtigen Kinder unter den Besuchern vertreten. Durch die wiederholt erfolgte Fahrpreisrückbildung wäre es einer großen Anzahl ohne Schaffung der Anlage in diesem Sommer überhaupt völlig unmöglich gewesen, die der Gesundheit so förderlichen Bäder zu nehmen. Man sollte annehmen, daß mit Rücksicht auf die für das Allgemeinwohl so wichtige Anlage von der Behörde jede Förderung erfahren würde. Weit gefehlt. Wohl hat der Magistrat Berlin durch kostenlose Vergabe des Platzes und Zuerstausstattung der ersten Mittel die Anlage mit schaffen helfen. Dem Bezirksamt Wedding war es dann gelungen, durch gemeinsame Arbeit mit allen daran interessierten Schwimmvereinen, die auch ihrerseits große Opfer auf sich nahmen, die Anlage dem Publikum zugänglich zu machen.

Der Erfolg der Einrichtung kann, wenn man von allem absehen will, darin gesehen werden, daß trotz wiederholten Niesenscheiterns sich in diesem Jahr keinerlei Unfälle ereigneten, während sich in den Vorjahren fast regelmäßig ein oder zwei tödlich verlaufene Unfälle ereigneten. Man sollte annehmen, daß dieser Umstand allein genügen sollte, den weiteren Betrieb der Anlage auch für die Zukunft zu sichern. Das Bezirksamt Wedding, wie auch die beteiligten Schwimmvereine, die für den Betrieb eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gebildet haben, sind bei der Gründung davon ausgegangen, daß im Interesse der Sache und um sie jedem zugänglich zu machen, keinerlei Ueberwachungsmaßnahme betrieben werden sollte, sondern die Eintrittspreise ganz gering festgesetzt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, haben alle Beteiligten sogar noch erhebliche finanzielle Opfer gebracht. Trotzdem will aber das Landesfinanzamt Groß-Berlin, Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern, der Gesellschaft den gemeinnützigen Charakter nicht anerkennen. Das hätte zur Folge, daß die zur Erhebung kommenden Steuern eminent hohe finanzielle Anforderungen an die Beteiligten stellen würden, so daß diese sich zurückziehen würden oder die Eintrittspreise müßten so hoch festgesetzt werden, daß Kinderbewilligte als Besucher nicht mehr in Frage kämen. Ebenso müßten alle Freibesuche von Schülern unterbleiben und die Anlage somit den beabsichtigten Zweck verlieren.

Gegen den Beschluß des Landesfinanzamts ist Beschwerde bei dem Reichsfinanzministerium erhoben worden; wir hoffen, daß dieser nach gründlicher Prüfung der Angelegenheit zu einem anderen Ergebnis kommt, insbesondere sich nicht von solchen Gesichtspunkten wie das Landesfinanzamt Berlin leiten läßt und a. B. die Tatsache, daß die Anlage außer von Minderbemittelten auch von anderen Personen besucht werden kann, maßgebend für seinen Beschluß sein läßt. Wenn das Landesfinanzamt Berlin seine Aufmerksamkeit den Besuchern der Seebäder schenken will, um Steuern einzutreiben, dann kann es nur Erfolge haben, wenn es etwas über Plöhensee hinaussieht und die Nord- und Ostseeküste mit seiner Aufmerksamkeit beehrt.

### Die Zwangspensionierung des sozialistischen Studienrates von Mellenthin

vom Märchenwalder Gymnasium, von uns in der Donnerstagsnummer kurz behandelt, stellt sich immer mehr als ein Akt mit harter politischer Veranschaulichung heraus. Die Schulverwaltung kann natürlich im Vertrauen der Ueberzeugung behaupten, daß sie von der politischen Haltung des Studienrates unbeflügelt geliebt sei, wird aber gestatten müssen, daß man auch anderer Meinung sein darf. Wie leicht es ist, einem mißliebigen gewordenen Beamten den dienstlichen Strich zu drehen, wissen doch wohl unsere noch recht schwach republikanisierenden Behörden aus eigener Erfahrung. Der hinzugezogene Pächter steht in solchen Fällen die behördlichen Wünsche schon gewohnheitsmäßig auf sieben Ellen gegen den Wind genau so, als ob einem wohlhabenden oder hochachtbaren Bürger die Wohlfahrt des § 51 StGB erwiesen werden soll, und findet, anstatt nach der Gesundheit zu forschen, im Sandum-drehen die geistige Erkrankung heraus. „Geisteschwäche“ ist es dann schon, wenn man nicht an allem Ja und Amen laßt sich nicht für sein Staatsverhältnis zumumpfsinnigen Dudumier und Vorkretzer herabwürdigt, sondern den Mut hat ungeschminkt seine Meinung zu äußern. Mit wissenschaftlichem Anstrich die „geistigen Defekte“ zu analysieren, ist eine Kleinigkeit. Der Jude wird verbrannt... auf dem psychiatrischen Scheiterhaufen.

Wir hatten bereits erwähnt, daß die Sache ihren Anfang nahm im Kriegsdiens. Der Studienrat von Mellenthin ist nur einer von Tausenden, die als Soldat vor dem Vorkriegesleben nicht wie die Faschismen zusammenklappen und dann unter das psychiatrische Messer geraten. Sein damaliger Vorgesetzter, ein späterer Major, dem er die Korrektheit der Papierarbeit an den Kopf warf, erkreute sich aus der Weimarerzeit unter Verleumdungen an seinem Regimental-Ludendorff. Dieses Majors schon vor dem Kriege erfolgte Geisteskrankheitsklärung, auch durch den Charlotterburger Professor Stier, der als früherer militärischer Vorgesetzter in solchen Fällen mit Vorliebe sein Licht leuchten lassen darf, war kein Hindernis, ihn wieder als Offizier in den Kriegsdienst zu stellen und zum Major zu befördern. Es paßt einermachen dazu, daß Professor Hans Desbrück, Herausgeber der preußischen Jahrbücher, den General Ludendorff einen „wahnwitzig gewordenen Rabatten“ nannte. Der erwähnte Major war durch sein Vorkriegesleben ebenso wie die Militärbehörde genau damit vertraut, wie man solche die Offizierskarriere verdunkelnden Vorwände mit der psychiatrischen Anzeigeanzeige anfaßt, und dann mühte natürlich immer der Unterebene, der nicht in gottgewollter Abhängigkeit die Fäden zusammenzieht, dran auszuweichen. Mellenthin wollte für seinen Freiheitsvorwurf arbeitslos und nötigenfalls kriegsbeschäftigt sein, aber das Kriegsgericht sah die Sache „milder“ an und arbeitete mit dem berühmten Vertuschungsparatraden.

Daß ein solcher Mann, wie Mellenthin, an einem Gymnasium, dessen Lehrer-Kollektum zum Teil aus Geagern der Republik besteht, auf neue Widerstände stoßen und weagen seiner linkspolitischen Tatkraft eine verbesserte Auflage des psychiatrischen Wohlwollens erleben würde, war beinahe vorauszusetzen. Soll die Reaktion in diesem Falle ihren Willen und ihr Opfer haben, Herr Minister? An derartige amtliche Erklärungen der „Geisteschwäche“ glaubt doch längst kein vernünftiger Mensch mehr.

### 20000 Zentner Koks beschlagnahmt

Verteilung an die Krankenhäuser und Schulen.

Wie wir bereits vor einiger Zeit berichteten, waren auf einem Lagerplatz an der Gohsowitzerstraße 20000 Zentner Koks eingelagert worden, die im Frühjahr d. J. von der Stern-Dampfer-Gesellschaft (Spreckels und Davel) aus den Lagerbehältern der Gasanstalt Mariendorf gekauft worden waren. Der Koks lagerte seit langen Monaten, da die Besitzerin offenbar keine Verwendung für das geachtete Heizmaterial hatte. Infolgedessen sah sich das städtische Kohlenamt veranlaßt, der Angelegenheit nachzugehen. Bei der Untersuchung stellte es sich heraus, daß für die Gesellschaft kein Bedürfnis vorlag, so große Mengen Koks einzulagern.

### Ricarda Huchs Glaube

Von Helmuth Falkensfeld

Der folgende Brief zeigt an einem Beispiel, was für Weltanschauungsformen in führenden intellektuellen Persönlichkeiten Deutschlands ausbreiten. Nach Ricarda Huch gäbe zu denen, die sich in großen weltlichen Umfängen bewegen, doch die bemerkenswertesten Reaktionen meistlich religiöser Art.

Ricarda Huch, die verehrte Dichterin des „Dudolf Urlesens“, eine der wenigen in Deutschland lebenden Frauen, die eine Souveränität des Geistes besitzen, ließ im Jahre 1917 ein Buch: „Luthers Glaube“ (Leipzig, im Inselverlag) erscheinen, dessen Geistesreife und stilistische Adligkeit viel Bewunderer finden mußte. Jeder gehörte dieses Buch zu der Art vornehmer, edel geschriebener, vielleicht sogar edel gedachter Schriften von der Art der Thomas Mannschen „Unpolitischen Betrachtungen“, deren geistige Konsequenzen unabsehbares moralisches Unheil über die Menschen bringen müssen. In diesem Buche wurde nämlich das Unparadiesische, das derb an der Sünde Gefallenfindende der Lutherschen Lehre verherrlicht und gepriesen. Luther habe gesagt: Sündige kräftig, und gerade in diesem Nicht-Jurückreden vor der Sünde habe seine tiefe unauslöschliche Religiosität gelegen. Denn nur über die sündigen Menschen scheint nach Luther und nach Ricarda Huch der gnädige Gott. Die Konsequenzen dieser geistreich-mephistophelischen Ansicht sind unabsehbar. Zunächst kann jeder, der in der Welt etwas unternimmt, damit das Rechte — die klassenlose Gesellschaft, der Völkervereinigung — herrsche, der Gottlosigkeit, ja der Gotteslästerung geziehen werden. Denn jedes solche Bemühen ist vom moralischen Willen getragen und zielt darauf, daß weniger Rechtswidrigkeiten, weniger „Sünden“ in der Welt geschehen. Vor Ricarda Huchs neu-lutherischem Buche wurde der Kämpfer für Recht und Friede, für Sozialismus und Pazifismus, ein Schwärmer und Träumer genannt. Ricarda Huch nun gibt — eine unantastliche Verfälscherin der Berechtigung des schimmlichen Bescheidenden — den Feinden von Recht und Humanität die Waffe in die Hand, um jetzt im Namen „Gottes“ die Durchsetzung des Rechtes zu verhindern. Wo bliebe ihr Gott, wenn der Mensch sich der Sünde enthielte, wenn der Mensch nicht durch Uebertretung der moralischen Gebote dem Gott nicht Gelegenheit gäbe, zu zeigen, daß er existiert — existiert nämlich als Gnade und Verzeihung Spendender über dem sündigen, verzerrten Menschen.

Ähnliche Gedanken nun tauchen wiederum in Ricarda Huchs neuem Buch auf: „Eripersonlichkeit“ (Inselverlag, Leipzig 1921). Durchaus künstlich und unrichtig wird mit Bacon hier das neue Weltbild angelegt. Offenbar liegt der Dichterin an einer etwas unterschiedlichen Distinktion des „modernen Menschen“, der von Zwecken befangen sei. Aber wohl noch wichtiger ist ihr hier die Rechtfertigung eines Gottes, der die Sünde braucht, weil er dem Sünder verzeihen muß und dem Sünder verzeihen muß, weil die „Gnade“ das Hauptmoment in der Existenz Gottes ist. So erklärt denn die Dichterin in ihrem neuen Buch, in dem charakteristischerweise Nietzsche Weltanschauung mit dem wahren Christentum für weisend gleich gehalten wird, daß „Gott ohne Satan Satan“ sei. Ich glaube, daß es kein Wort gibt, das den Arbeitern mehr triumphieren lassen kann, als dieses. Bisher zweifelte man an der Existenz Gottes, weil er theoretisch unerweislich sei. Wenn Gott — der Huchische Gott — nun aber nicht einmal mehr imhände ist, die Reinheit der Gesinnung, das Erstreben des Guten anzubefehlen, ja wenn er die Sünde geradezu verlangt — welches moralische Recht eignet dann dem alten Gott noch nach seiner theoretischen Niederlage? Sollen wir und darum noch einen Gott leisten, um die Ungerechtigkeiten, das Belterbehehen verbrecherischer Institutionen und Handlungen in der Welt zu rechtfertigen? Freilich wissen wir, daß der Sündenlose noch nicht der Gute ist; daß das Ideal mehr von uns verlangt, als das bloß Negative: Keinem Menschen Unrecht tun — nämlich jenes: Güte spenden. Aber gerade darum bleibt eben die Eintragung einer noch nicht guten, sondern schon moralischen Weltordnung eine dringende Minimalforderung der Vernunft. Und es verrät geradezu eine erschreckende Naivität, zu behaupten, das Moralische sei zu verachten, weil nur an dem guten Menschen gelegen sei, wo doch der Moralische eine Voraussetzung, eine Vorstufe des guten Menschen ist. Und nun überlege man: Die Weisheit von der Weisheit, der Religiosität, der Herrlichkeit der Sünde predigt uns eine Frau, eine Frau, die geistig an der Spitze der deutschen Literatur steht, eine Frau, die durch diese ihre Weisheit den Himmel und alle Heiligen mit der Veremigung von Krieg und Kanonen-gebrüll auszusöhnen bestrebt ist. Glaubt ihr Bekämpfer des Pazifismus noch, daß ihr Recht habt, wenn ihr den um die Durchsetzung des ewigen Friedens bemühten Geist einen weislichen nennt?

Die Ausgrabung eines altrömischen Theaters. Die jüngsten Ausgrabungen bei Civita Lodovica, dem Lanuvium der alten Römer, brachten die Überreste eines römischen Theaters ans Licht, das eine der größten bisher freigelegten Arenen besitzt. Der Durchmesser von mehr als 1000 Fuß bleibt nur um wenige Fuß hinter dem Durchmesser des großen Theaters von Pompeji zurück. Lanuvium war eine der ältesten lateinischen Städte, und die Sage berichtet, daß Agneas, als er auf seiner Flucht von Griechenland in Italien landete, sein Schiff an Ringen in der Mauer von Lanuvium verankert habe. In dieser Stadt wurde ein Kaiser geboren, Antonius Pius, Mark Aurel. Der Verfasser der berühmten „Selbstbiographien“ und der Kaiser Othobus lebten hier längere Zeit. Von dem letzteren Herrscher wird berichtet, daß er oft in der Arena, die jetzt wieder aufgefunden ist, als Gladiator sich der Renae gezeigt habe.

Vorführungen und Vorträge zur römischen Körpererziehung veranlaßt auf Veranlassung und nach Vorschlägen des Bundesentschiedener Schulreformer und im Anschluß an dessen Tagung „Jugendnot“ das Berliner Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, mit Unterstützung des Hauptstadtschulrates für Leibesübungen vom 5. bis 7. Okt. in der Hochschule für Kunst zu Berlin. Die Schulen Daleroze, Menckendick, Bode, Sobeland usw. werden an Schülergruppen ihre Methoden demonstrieren. Es folgen Vorträge zur Analyse und Theorie der verschiedenen Abteilungen der Körpererziehung und eine freie Aussprache. Eingehende Programme verlesen das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin W. 25, Potsdamer Str. 120 und „Vorfreunde“, Charlottenburg, Bismarckstraße 85 und Berlin W. 35, Moaburger Str. 7.

### Tagesnotizen

Die ersten Premieren des Großen Schauspielhauses. Die erste Premiere in der neuen Spielzeit bringt das Große Schauspielhaus am 23. d. Mts. eine Neuinszenierung von Shakespeares „Römer in den Feindlagern“ mit Eugen Dörfner, Elisabeth Bergner und Paul Wenzel Hauptmann, am 6. November das „Santal“ mit Ernst Krauß. Die zweite Premiere des Großen Schauspielhauses ist eine musikalische Neuinszenierung des „Herrn von Knautzen“ am 23. Oktober. Die Abonnenten werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorstellungen ohne Abonnements bis zum 23. November erfolgen müssen. Eintrittskarten ohne Abonnementsbestimmungen berechtigen nicht zum Besuch der Vorstellungen.

Im Lessing-Theater wird Goethes „Faust“ mit Hedder Koch, Alexander Granach, Margarete Schön (vom Staatstheater), Maria Permann, Emil Lind und Max Müller in dem Hauptrolle am Mittwoch, den 13. und Sonntag, den 17. wieder in den Spielplan aufgenommen.

Opern-Abende. Die für den 10. September vorgesehene Eröffnung der Bühne in der Alsterstraße 42 muß aus gesundheitlichen Gründen um einige Wochen verschoben werden. Der genaue Termin, der auf Mitte Oktober fallen dürfte, wird mitgeteilt.

Das „Renaisance-Theater“ eröffnet Ende September mit „Die Sora-Symphonie“ von Lessing. Die Regie führt Ludwig Berger.







# Gewerkschaftliches

## Stinnesvertrag, „Rote Fahne“ und ADB.

Zu diesem Thema schreibt der vom ADBS. herausgegebene „Gewerkschaftliche Nachrichten“-Blatt:

Die „Rote Fahne“ legt in Nr. 803 vom 7. September ihren Kampf gegen den ADBS. fort: „Der Vorstand des ADBS. als Vermittler des Stinnesvertrages“. Unter dieser Überschrift behauptet sie unverzogen:

„Die Gewerkschaftsleiter und die Parteileitungen sind bewusst mit Stinnes im Bunde. Die Gewerkschaftsführer haben den Herren von der Schwerindustrie im Namen des Proletariats die Auslieferung des Proletariats garantiert. Während Stinnes zum erstenmal selbst auf die Bühne trat, haben die Leipziger, Graumann, Silbermann hinter den Kulissen ihre Rolle gespielt. Das Proletariat verlangt Rechenschaft.“

In diesem lieblichen Tone geht es durch drei Spalten. Dazwischen wird England angeführt, doch nur den Stinnesvertrag zu bekämpfen, weil er englische Interessen verlegt. Dr. Penck, der anlässlich des Bergarbeiterabkommens in der Deutschen Allgemeinen Zeitung von der Notwendigkeit einer Mitverantwortlichkeit bei der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen geschrieben hat, wird als Kronzeuge angeführt, um zu beweisen, daß der ADBS. den Stinnesvertrag vor seinem Entstehen gekannt und seine Durchführung garantiert habe. Es ist die alte Taktik der Kommunisten im Kampfe gegen die Gewerkschaften: Verleumdung, Lüge, Hebe, ein Teil der nicht informierten Arbeiter wird es schon glauben.

Und warum dieses Ueberhören der „Roten Fahne“? Weil die Bergarbeiter anlässlich der Kohlennot Deutschlands, die seine Industrie lahmzulassen droht, sich entschlossen, Ueberarbeit zu leisten. Die Gewerkschaftsführer, die die durchschlagenden Gründe anerkennen mußten, sind „Verräter“. Gewiss, den Kommunisten und der „Roten Fahne“ ist die Lösung der Ueberarbeitfrage nicht ungenehm. Nicht weil sie dem Proletariat den Achtstundenstag erhalten wollen, denn in Sowjetrußland gewinnt man den Arbeiter zu 10- bis 12stündiger Arbeit. Aber man kann nicht den Rettungsweg für das Proletariat wollen, weil man im Zusammenhang alles Bestehenden, im vollendeten Staate die Vorbereitungen für den Kommunismus sieht. Darum keine Mehrforderung von Löhnen, darum ist der Beschluß über das Ueberarbeitabkommen ein Verrat seitens der Gewerkschaftsführer. Man doch die Industrie hilflos, mögen unsere Schöte erkalten, mögen doch die Arbeitermassen hungern und frieren, dann werden sie wenigstens zur höheren Ehre Moskau auf die Straße gehen und alles zerstören.

Es ist wirklich notwendig zu sagen, daß der Stinnesvertrag, aber den am 2. September die Dadas zuerst berichtete, dem Vorstand des ADBS. völlig unbekannt war? Es ist nötig zu beweisen, daß die Verhandlungen der „Roten Fahne“ der vollkommenste Unfug sind, den je die an Lüge und Verdrehung so reiche „Rote Fahne“ ausgeheckt hat?

## Generalversammlung der Eisenbahner

Eine der größten freigewerkschaftlichen Organisationen, der Deutsche Eisenbahnerverband, hält seine zweite ordentliche Generalversammlung in der Woche vom 11. September in München ab.

Die dem Kongress vorliegende umfangreiche Tagesordnung sieht neben den Geschäftsberichten mehrere bedeutende Referate vor. Genosse Wiffel-Berlin wird über den Ausbau der Volkswirtschaft und Kohur über Beamtenzentrale und Reichsregierung sprechen. Eine Reihe Verwaltungsstellen schlossen eine Erweiterung der Tagesordnung vor, Referate über das Thema „Reallohn und Soziallohn“ und über die Taktik bei Lohnbewerben und Wirtschaftskämpfen, für die Referenten und Korreferenten der Amsterdamer und Moskauer Richtung vortrugen sind, werden gewünscht. Die Frage Moskau oder Amsterdam dürfte bei der großen Anzahl kommunistischer Mitglieder im ADBS. eine besondere Erwähnung, die große Mehrheit des Verbandes aber auf der Seite Amsterdam stehen.

Eine Fülle von Anträgen — über 800 — zelaen das Interesse der Mitglieder an der Tagung. Sie enthalten zum Teil Forderungen an Gefeshebung und Rennerung, die sich auf politische und wirtschaftliche Fragen beziehen, zum Teil Forderungen, die das Streikrecht der Beamten, Rennerung der Arbeitszeit usw. behandeln. Der Verbandstag wird auch Stellung zur funktionären Organisationsform nehmen. Ein kommunistischer Antrag verlangt Einberufung eines Arbeiter-Bevollmächtigten, dessen Vorbereitung durch den ADBS. die Verwaltungsstelle München fordert.

Ein gedruckter Geschäftsbericht wird den Delegierten erst auf der Tagung selbst ausgedruckt. Wir werden über den Kongress berichten.

## Schiedspruch in der Holzindustrie

In einer überfüllten Funktionsversammlung beschließen sich die Berliner Holzarbeiter am 7. d. M. mit dem Ergebnis der bisherigen Verhandlungen über das Aufhandkommen eines Lohnstarifs für die erste Hälfte dieses Monats.

Der Bevollmächtigte W o f e teilte mit, daß bei den ersten Verhandlungen die Unternehmer das lächerliche Angebot von 10 Prozent machten. Der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin wurde angeufen, der nunmehr folgenden Schiedspruch gefällt hat:

Die bisherigen Lohnsätze werden für die Zeit vom 2. September 1922 um 25 Prozent erhöht. Die in den Betrieben vereinbarten Affordrate und die Monatslöhne erhöhen sich um den gleichen Prozentsatz. Die Abriaen Bestimmungen bleiben unverändert.

Die Verwaltung empfiehlt trotz der minimalen Lohnaufbesserung den Schiedspruch anzunehmen. Nach eingehender Debatte stimmten die Funktionäre dem Antrag der Verwaltung zu, jedoch soll unter keinen Umständen das Lohnabkommen über den 15. September hinaus Geltung finden.

Weiter wurde beschlossen, in allen Betrieben, wo sich die Unternehmer weigern, den Schiedspruch bis Ende dieser Woche zu erfüllen, und die ausbleibenden Lohnzulagen bis Montag, dem 11. Sept., morgens, nicht auszahlen, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

Der Ortsverwaltung wurde Vollmacht erteilt, auch die Lohnforderung für die zweite Hälfte des Septembers zu stellen.

## Neue Verhandlungen in der Holzindustrie

Mit den Vereinigten Verbänden der Berliner Holzindustrie sind erneute Verhandlungen zum Sonnabend, dem 9. d. M. anberaumt worden, über dessen Ergebnis zur Zeit noch nichts gesagt werden kann. Wir bitten unsere Mitglieder, auch Informationen am Montag, den 11. d. M., morgens,

in unserem Büro Nachfrage zu halten und des weiteren über die nächste Versammlung die Presse zu beachten, da jedenfalls dieselbe am Dienstag stattfindet.

Deutscher Holzarbeiterverband  
Verwaltungsstelle Berlin.

## Delegierte zur Betriebsrätegeneralversammlung

Am Montag, dem 11. September, nachm. 4 1/2 Uhr, findet in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, eine wichtige Konferenz sämtlicher U.S.P.D. und S.P.D.-Delegierten zur F.B.M. statt. Erscheinen dringend notwendig. Parteilandsweits legitimiert.

U.S.P.D. Bez.-Bez. Berlin-Orbz.

J. A.: A. Holz.

## Streik der Angestellten des Baugewerbes?

Am Mittwoch, dem 6. September, fand im „Nordischen Hof“, Invalidenstr. eine Versammlung aller im Hochbaugewerbe beschäftigten technischen und kaufmännischen Angestellten statt, in welcher Wille vom Afa-Bund referierte. Es bestehen zwei Tarifverträge, einer für die kaufmännischen und einer für die technischen Angestellten. Tarifkontrahenten auf Arbeitgeberseite sind: der Beton- und Tiefbauarbeiterverband und der Verband der Baugewerkschaften von Groß-Berlin G. V. Durch Schiedspruch wurden die Augustgehälter für die Angestellten festgesetzt. Der Beton- und Tiefbauarbeiterverband nahm den Schiedspruch an, während der Verband der Baugewerkschaften ihn ablehnte, obwohl er unter Zustimmung der vom Verband der Baugewerkschaften benannten Arbeitgeberbeiräte zustande kam. Der Verband der Baugewerkschaften, bekannt durch seine reaktionäre Führung, beschloß, anstatt der durch Schiedspruch festgelegten 30%igen Gehaltserhöhung eine solche von 65% vorzunehmen, offenbar in dem Glauben, daß sich die Angestellten damit abfinden werden. Das ist aber ein Irrtum. Die Angestellten werden mit aller Energie und mit allen Mitteln danach trachten, den Schiedspruch zur Durchführung zu bringen.

Der Referent legte eine Entschlieung vor, in der entschieden gegen das Verhalten der Arbeitgeber protestiert und von ihnen verlangt wurde, daß sie bis zum 12. September ihren ablehnenden Standpunkt aufgeben. Sollten sie sich dazu nicht bereit finden, so hat sofort eine Urabstimmung in den Betrieben über zu ergreifende Kampfmaßnahmen stattzufinden.

In der äußerst lebhaften Diskussion wurde von mehreren Rednern bemängelt, daß der entscheidende Termin zu spät angegeben sei. Schließlich wurde aber die Resolution in der vorgeschlagenen Fassung doch angenommen. Eine erhebliche Minderheit stimmte dagegen und verlangte sofortige Aufnahme des Kampfes.

## Dankagung

Hiermit danken wir uns, Frau Woffe, Gutsbesitzerin von Schenkerdorf bei Adniaswilerhau, unseren tiefgefühlten Dank auszusprechen für den Tauschanschuldverschreibung = 2 Goldpfennige für den Monat August an unseren Kollegen Worn, der auf dem dortigen Gute als Gärtner tätig ist. Da G. nun 150 Mark monatlich, nebst freier Kost und Wohnung bezieht, fühlt er sich moralisch verpflichtet, ein Woffblatt zu abonnieren (monatlicher Bezugspreis 300 Mark. Die Red.), um an erfahren, wie Arbeiterinteressen vertreten werden und Frau Woffe dadurch noch ganz besonders seine Dankbarkeit zu beweisen.

Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Gau Brandenburg.

## Gegen den Schiedspruch in der Metallindustrie

Am Donnerstag, dem 7. September, beschäftigte sich eine Vollversammlung aller Holzarbeiter aus den Betrieben der Metallindustrie mit der durch den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums geschaffenen Situation.

Der Berichterstatter schilderte den Verlauf der Verhandlungen und erklärte, daß es dem Holzarbeiterverband unmöglich ist, dem Schiedspruch die Zustimmung zu geben.

In der Diskussion stellten sich die meisten Redner auf den von der Funktionsversammlung der Holzarbeiter eingenenommenen Standpunkt, die 46stündige Arbeitswoche nicht zu durchbrechen.

In einer einstimmig angenommenen Entschlieung stimmte die Versammlung dieser Auffassung zu. Weiter wird bemängelt, daß die Lohnregulierung völlig ungenügend sei. Die Versammlung beschloß sich vor, in den Betrieben der Metallindustrie für die Arbeiter der Holzindustrie die Forderungen zu beanspruchen, die in der Holzindustrie bzw. in der Karoffertebranche bezahlt werden.

Es ist nun Sache der Holzarbeiter, in den Betrieben diese Entschlieung zur Durchführung zu bringen.

## Neue Löhne im Malergewerbe

Nach der Entscheidung des Quantifikationsamtes vom 6. September beträgt der Lohn im Malergewerbe für Groß-Berlin ab 8. September 1922: für Maler über 30 Jahre 52,80 M., unter 20 Jahre 50,65 M., für die Anstreicher über 20 Jahre 52,80 M. pro Stunde.

Ab 18. September 1922 für Maler über 20 Jahre 75 M., für Maler unter 20 Jahre 71,25 M., für Anstreicher über 20 Jahre 74,50 M. pro Stunde.

Die letztgenannten Lohnsätze gelten bis einschließlich 15. Oktober 1922, jedoch ist Sicherung getroffen, daß bei zunehmender Luerung die Löhne bereits bei den Verhandlungen am 2. Oktober 1922 revidiert werden können.

Verband der Maler.

## Streik in den Cöpenicker Bäckereien

Die Arbeiter der Cöpenicker Lohn- und Dampfbackereien streiken seit Montag den 4. d. M. wegen Lohnhöherungen im Streik. Trotzdem die Löhne für Feiger, Backmeister und Ausfuhr 1275 Mark wöchentlich, die Stundenlöhne für weibliche Arbeiterinnen 12 und 17 M. betragen, verweigern die Unternehmer überhaupt in Lohnverhandlungen zu treten. Der Deutsche Transportarbeiterverband bittet die Berliner Arbeiterkassen, den Streikenden volle Unterstützung zu gewähren. Alle Wünsche, die aus Cöpenick kommt, ob per Eisenbahn oder Fuhrwerk, ist Streikarbeit. Uebst Solidarität!

## Handelshilfsarbeiter im Einzelhandel

Der Deutsche Transportarbeiterverband hat für den Monat September eine Lohnforderung auf die Quantitätshöhe von 110 Prozent den Arbeitern eingereicht. Verhandlungen, die am 2. d. M. stattfanden, führten zu keinem Ergebnis, da die Arbeitgeber die Forderung, für den Monat August noch eine Kapitalzahlung zu gewähren, grundsätzlich ablehnten. Beide Parteien verhandeln sich, daß am Montag, den 4. d. M. unter Vorbehalt eines Unparteilich vor dem Schlichtungsausschuss weiter verhandelt werden soll. Der Schiedspruch, der vom Schlichtungsausschuss gefällt wurde, sieht eine Erhöhung auf die Augustlöhne von rund 75 Prozent

vor, so daß für die Verbetrateten mit Kindern der Wochenlohn 2800 Mark beträgt.

Inzwischen haben die Arbeitnehmer und Arbeitgeber ihre Zustimmung zur Annahme des Schiedspruches gegeben. Die neuen Tarife können im Verbandshaus, Zimmer 31, v. II, Engelauer 24-26, in Empfang genommen werden.

Weitere Berichterstattung erfolgt am Montag, den 11. d. M. im Gewerkschaftshaus (Großer Saal).

## Verhandlungen im Bankgewerbe gescheitert

Wie uns der Allgemeine Verband der Bankangestellten kurz vor Redaktionsschluss mitteilt, sind die Verhandlungen im Bankgewerbe nach stündiger Dauer ergebnislos verlaufen, da die Arbeitgeber die von den Verbänden gemeinsan aufgestellten Forderungen ablehnten.

## Tarifabschluss bei den Reparaturschuhmachern

Zwischen dem Zentralverband der Schuhmacher und dem Verband der selbständigen Schuhmacher ist es zum Abschluss eines Mindestlohnstarifs gekommen, der am 4. September in Kraft getreten ist und Ende September abläuft. Die festgesetzten Stundenlöhne betragen 43 und 38 Mark in mechanischen Betrieben, für männlich und weibliche Arbeiter in anderen Betrieben 40 und 35 Mark. Der Affordlohn ist auf Basis der Arbeitszeitberechnung besonders festgesetzt. Journallöhne sind vom Arbeitgeber zu liefern, ein 7prozentiger Aufschlag ist für Unterkalt der Werkstatt geleistete Arbeit zu zahlen. Eine Entschädigung von 10 M. wöchentlich wird dem Arbeiter gewährt, der eigenes Werkzeug hält. Die in der Reparaturbranche beschäftigten Arbeiter stimmten dem Tarifvertrag zu und beauftragten die Brandenleitungs, ihn am 15. September zu kündigen, weil die festgesetzten Lohnsätze bereits wieder überholt sind.

## U.S.P.D.-Straßenbahner. Am Mittwoch, dem 18. September, abends 6 Uhr, Vollversammlung aller U.S.P.D.-Straßenbahner im Gewerkschaftshaus, Engelauer Nr. 24/26, Kaffee Material mitbringen. Erscheinen aller dringend erforderlich. Parteiliche mitbringen.

Die Mitteilungsblätter der U.S.P.D.-Straßenbahner.

Vertreterversammlung des Afa-Bundes. Alle Mitglieder der Vertreterversammlung des Ortsrats des Groß-Berlin des „Afa-Bundes“ müssen am Montag, dem 11. d. M., nachmittags 4 Uhr, in der Stadthalle, Köpenicker Str. 65, zur Generalversammlung der Betriebsräte anwesend sein.

U.S.P.D.-Gastwirtschaftlichen. Mittwoch, den 13. September, vorm. 10 Uhr, Clubhaus, Kienelstraße 2, 1 Tr. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Bericht. Vollständiges Erscheinen erwartet die Abteilungsleitung.

Dachdecker und Berufsdachdecker. Der Stundenlohn beträgt ab 1. September für den Dachdecker 68,00 M., für den Hilfsarbeiter 64,00 M. Für weitere Informationen sende jede Werkstätte ihren Vertretersmann zur Sitzung am Montag, dem 11. Sept. 1922, abends 7 Uhr, Zohlsdorfer Str. 5, bei Summel.

Metallkleber und Galvaniker. Wie uns mitgeteilt wird, legen die Arbeitgeber des Verbandes der Metallkleberereien und galvanischen Anstalten den Kollegen Arbeitsordnungen zur Unterzeichnung vor. Wir empfehlen unseren Kollegen, die Unterchrift abzulehnen. Eine Arbeitsordnung soll vom Verband zu Verhand vereinbart werden. — Die Ortsverwaltung.

Normer und Berufsnormer. Die Normer und Diebereiter der Fürstenerwalder Betriebe befinden sich im Streik. Wie ersehen, den Zugang von gemanneten Normern nach dort hin fernhalten. — Die Ortsverwaltung.

Berichterstatter. In unserer Notiz Schiedspruch im Hammergewerbe in Nr. 825 vom 7. d. M. stellt uns der Zentralverband der Zimmerer zur Richtigkeitstellung des letzten Satzes dieser Notiz mit, daß die Lohnforderung von 80 Mark pro Stunde sich auf das letzte Lohnabkommen bezieht, daß also die Höhe der Forderung für die kommende Zeit noch nicht endgültig festgesetzt ist.

## Jugendbewegung

Sozialistische Arbeiterjugend, Sonntag, abends 8 1/2 Uhr, in der Arbeiterbildungsschule, Breite Straße 8/9, Wohnungsbau des Straßensportplatzes. Erscheinen notwendig.

Generalrat: Kiening und Wilmoch Materialangelegenheiten. Gruppen müssen unbedingt erscheinen. Beschlüsse abstimmen.

Reisantenbericht.

Korbeben: Montag, 14 Uhr, beim Reichsbürgeramt, 14. Münchener Str. Besuchen, Natur und Auszug. Wie Reisende möglichst pünktlich erscheinen. Der Uhr der Dienstag 7 1/2 Uhr im Museum, Gendarmenbr. 55. Unterlimes und vollständiges Erscheinen mit erfordern. — Dienstag: Donnerstag 7 1/2 Uhr bei Wilmoch, Reichsbürgeramt, 14. Münchener Str. 14. Wilmocher Bericht, Kiening, Kiening, Kiening und Kiening müssen teilnehmen sein.

Gruppenveranstaltungen.

Korbeben: Mittwoch, gemeinsames Gruppenabend mit Arbeiterjugend. Die proletarische Jugendbewegung, Sonntag: Reichsbürgeramt, 14. Münchener Str. Besuchen, Natur und Auszug. Wie Reisende möglichst pünktlich erscheinen. Der Uhr der Dienstag 7 1/2 Uhr im Museum, Gendarmenbr. 55. Unterlimes und vollständiges Erscheinen mit erfordern. — Dienstag: Donnerstag 7 1/2 Uhr bei Wilmoch, Reichsbürgeramt, 14. Münchener Str. 14. Wilmocher Bericht, Kiening, Kiening, Kiening und Kiening müssen teilnehmen sein.

Korbeben: Montag, 14 Uhr, beim Reichsbürgeramt, 14. Münchener Str. Besuchen, Natur und Auszug. Wie Reisende möglichst pünktlich erscheinen. Der Uhr der Dienstag 7 1/2 Uhr im Museum, Gendarmenbr. 55. Unterlimes und vollständiges Erscheinen mit erfordern. — Dienstag: Donnerstag 7 1/2 Uhr bei Wilmoch, Reichsbürgeramt, 14. Münchener Str. 14. Wilmocher Bericht, Kiening, Kiening, Kiening und Kiening müssen teilnehmen sein.

Korbeben: Montag, 14 Uhr, beim Reichsbürgeramt, 14. Münchener Str. Besuchen, Natur und Auszug. Wie Reisende möglichst pünktlich erscheinen. Der Uhr der Dienstag 7 1/2 Uhr im Museum, Gendarmenbr. 55. Unterlimes und vollständiges Erscheinen mit erfordern. — Dienstag: Donnerstag 7 1/2 Uhr bei Wilmoch, Reichsbürgeramt, 14. Münchener Str. 14. Wilmocher Bericht, Kiening, Kiening, Kiening und Kiening müssen teilnehmen sein.

Korbeben: Montag, 14 Uhr, beim Reichsbürgeramt, 14. Münchener Str. Besuchen, Natur und Auszug. Wie Reisende möglichst pünktlich erscheinen. Der Uhr der Dienstag 7 1/2 Uhr im Museum, Gendarmenbr. 55. Unterlimes und vollständiges Erscheinen mit erfordern. — Dienstag: Donnerstag 7 1/2 Uhr bei Wilmoch, Reichsbürgeramt, 14. Münchener Str. 14. Wilmocher Bericht, Kiening, Kiening, Kiening und Kiening müssen teilnehmen sein.

Korbeben: Montag, 14 Uhr, beim Reichsbürgeramt, 14. Münchener Str. Besuchen, Natur und Auszug. Wie Reisende möglichst pünktlich erscheinen. Der Uhr der Dienstag 7 1/2 Uhr im Museum, Gendarmenbr. 55. Unterlimes und vollständiges Erscheinen mit erfordern. — Dienstag: Donnerstag 7 1/2 Uhr bei Wilmoch, Reichsbürgeramt, 14. Münchener Str. 14. Wilmocher Bericht, Kiening, Kiening, Kiening und Kiening müssen teilnehmen sein.

Korbeben: Montag, 14 Uhr, beim Reichsbürgeramt, 14. Münchener Str. Besuchen, Natur und Auszug. Wie Reisende möglichst pünktlich erscheinen. Der Uhr der Dienstag 7 1/2 Uhr im Museum, Gendarmenbr. 55. Unterlimes und vollständiges Erscheinen mit erfordern. — Dienstag: Donnerstag 7 1/2 Uhr bei Wilmoch, Reichsbürgeramt, 14. Münchener Str. 14. Wilmocher Bericht, Kiening, Kiening, Kiening und Kiening müssen teilnehmen sein.

Korbeben: Montag, 14 Uhr, beim Reichsbürgeramt, 14. Münchener Str. Besuchen, Natur und Auszug. Wie Reisende möglichst pünktlich erscheinen. Der Uhr der Dienstag 7 1/2 Uhr im Museum, Gendarmenbr. 55. Unterlimes und vollständiges Erscheinen mit erfordern. — Dienstag: Donnerstag 7 1/2 Uhr bei Wilmoch, Reichsbürgeramt, 14. Münchener Str. 14. Wilmocher Bericht, Kiening, Kiening, Kiening und Kiening müssen teilnehmen sein.



